Die „Volkswacht" erscheint wöchentlich 6 Mal und ist durch die Expedition, Neue Graupenstr. 5/6, und durch Kolporteure zu beziehen. Preis vierteljährlich Mk. 2.50, pro Woche 20 Pf. Durch die Post bezogen Mk. 2.50, frei ins Haus Mk. 2.92, wo keine Post am Orte, Mk. 3.34.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Insertionsgebühr beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 20 Pfennige, für Arbeitsmarkt, Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 15 Pfennige. Auswärtige Inserate 25 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis Vormittag 9 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Telephon Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon Expedition 1206.

Nr. 13. Mittwoch, den 16. Januar 1907. 18. Jahrgang.

Parteigenossen!

Von den verschiedensten Seiten wird uns berichtet, daß die Gegner für den 25. Januar den Schlepperdienst in der umfänglichsten Weise organisieren und damit hoffen, uns eine Anzahl Wahlkreise zu entreißen. Auch ein Teil der Behörden scheint hinter dieser Maßnahme zu stehen.

Wir machen Euch auf dieses Vorgehen aufmerksam, und fordern Euch auf, die entsprechenden Gegenmaßregeln unverzüglich zu treffen, mehr noch als früher. Verlangt Abschrift der Wählerlisten, soweit es noch nicht geschehen ist -- auf die Kosten darf es nicht ankommen – und organisiert die Heranholung der Gleichgültigen und Säumigen. Nur keine Einlullung, als hätten wir den Sieg in der Tasche. Auch in den sichersten Wahlkreisen müssen wir so kämpfen, als hätten wir dieselben erst zu erobern. Vor allen Dingen müssen wir eine große Stimmenzahl auf unsere Kandidaten vereinigen.

Wer von Euch am Wahltag die Arbeit niederlegen kann, der tue es und stelle sich rechtzeitig dem Wahlkomitee für die Arbeit am Wahltag zur Verfügung.

Aber am Mittag des Wahltages verlaßt die Werkstätten, die Fabriken, die Bauten und alle Orte, wo Ihr tätig seid, und marschiert in Massen an die Wahlurnen. Verständigt Euch darüber mit den Unternehmern.

Stellt Euch allesamt von der Mittagsstunde ab den Wahlkomitees für die Wahlarbeit zur Verfügung. Der 25. Januar muß ein Wahltag werden, wie das Reich noch keinen hatte. Die Gegner setzen alles daran, um unsere Erfolge zu verkleinern.

Vertreter der Aristokratie und Bankokratie erlassen Aufrufe zu Geldsammlungen, um uns, die verhaßte Sozialdemokratie, zu bekämpfen. Die Großindustriellen verpflichten sich, nach der Kopfzahl der bei ihnen beschäftigten Arbeiter an die Wahlkasse Gelder abzuliefern. Die Furcht vor uns zwingt sie zur „Opferwilligkeit".

Der Direktor des Kolonialamts, Herr Dernburg, trägt das Sturmfähnlein voran und hält eine Agitationsrede nach der anderen, in denen er Phantasiegemälde von den angeblichen Möglichkeiten in den deutschen Kolonien entwirft, daß allen Sachkennern die Haare zu Berge stehen. Seine Reden lesen sich wie Prospekte, die Leichtgläubige zu gewagten Gründungen heranlocken sollen.

Parteigenossen! Als Herr Dernburg noch Direktor der Darmstädter Bank und Direktions- und Aufsichtsrats-Mitglied in zahlreichen anderen Bank- und Industrie-Unternehmungen war, waren die deutschen Kolonien ihm Hekuba. Damals hat er sich nicht um sie bekümmert und er hat wohl keine einzige der von ihm und seinen Freunden kommandierten Millionen für die Kolonien riskiert.

Seitdem er aber Kolonialdirektor geworden ist, ist die Erleuchtung über ihn gekommen. Bei ihm heißt es nicht nur: wem Gott ein Amt gibt, dem gibt er auch Verstand, sondern dem gibt er auch die nötige Phantasie, um selbst die Märchen aus Tausend und einer Nacht zu übertrumpfen.

Als das jüdische Volk, wie die Sage erzählt, Aegypten verließ und in der Wüste wanderte und Gefahr lief, zu verdursten, schlug Moses an einen Felsen, woraus eine Quelle sprang und Menschen und Vieh rettete. Das war ein Wunder. Als die Deutschen nach Südwest-Afrika zogen, um zu kolonisieren, entdeckten sie, daß es keinen Baum dort gab, dessen Blätter ihnen Schatten spendeten und dessen Früchte sie statt des fehlenden Wassers labten. Und siehe da, es wollte der Zufall, daß ein Kistchen vertrockneter Datteln verloren ging, und, was niemand geahnt und für möglich gehalten, geschah: in der dürren Steppe Südwest-Afrikas schossen drei Meter hohe Dattelpalmen auf und fingen sogar an, Früchte zu tragen. Das ist auch ein Wunder. So haben wir nach Herrn Dernburg alle Aussicht, in Südwest-Afrika künftig unter Dattelpalmen zu wandeln.

Und deutsche Professoren, die sich mit Vorliebe die geistige Leibgarde der Hohenzollern nennen, vernehmen diese Mär und brechen in ein Jubelgeschrei aus, wie man es nie von ihnen gehört. Das ist für den, der die deutschen Professoren kennt, kein Wunder!

Diese selbigen Professoren aber schwiegen, als im letzten Frühjahr das preußische Dreiklassen-Parlament, und zwar Nationalliberale und Konservative im holden Verein mit dem jetzt von ihnen so wütend bekämpften Zentrum, dem preußischen Volke die Schmach antat, dem Schulgesetzentwurf, den das stockreaktionäre Kultusministerium unter Zustimmung des Ministerpräsidenten Fürst Bülow vorgelegt hatte, mit großer Mehrheit zuzustimmen.

Das sind die Repräsentanten der geistigen Blüte der Nation, die sich von Herrn Dernburg für seine Kolonialpolitik einfangen ließen.

Herr Dernburg phantasierte auch von der Unterbringung des deutschen Bevölkerungs-Ueberschusses in den Kolonien, obgleich er so gut wie jeder von uns weiß, daß die Zahl der Deutschen, die in den Kolonien dauernd leben kann, im Vergleich zur Gesamtbevölkerung Deutschlands eine winzige ist und wir auf absehbare Zeit überhaupt keine Ueberbevölkerung haben werden.

Wir haben in Deutschland nicht zu viel, sondern zu wenig arbeitsfähige Bevölkerung, wie die Hunderttausende ausländischer Arbeiter zeigen, die unsere „patriotischen" Unternehmer mit der Absicht in Deutschland einführen, sie als Lohndrücker zu verwenden, wozu nächstens noch die von den ostelbischen Agrariern ersehnten Kulis kommen werden.

Im Jahre 1881, als Deutschland erst 46¾ Millionen Einwohner zählte, wanderten 210,547 Deutsche ins Ausland. 1905, als Deutschland 60,600,000 Einwohner zählte, war die Zahl der Auswanderer nur noch 28,075, von denen 26,005 nach den Vereinigten Staaten und ganze 57 nach dem großen Afrika wanderten, von dem unsere Hauptkolonie, das Dernburgsche Dorado, einen Teil bildet.

Wäre, wie Herr Dernburg behauptet, in Deutschland Uebervölkerung vorhanden, dann hätten, an der Auswanderung von 1881 gemessen, im Jahre 1906 nicht 28,075, sondern mindestens 270,000 Personen auswandern müssen.

Wir haben in Deutschland noch über 4 Millionen Hektare Moor- und Unland, das mit Aufwendung entsprechender Mittel in Acker- und Gartenland verwandelt werden könnte, auf dem 100,000 Bauernfamilien mit je 10 Hektare Land gleich 40 Morgen oder 40,000 Ackerbaugenossenschaften, je 100 Hektare Land angesiedelt werden könnten. Und das Reich würde hierbei seine Aufwendungskosten bei Heller und Pfennig und mit Zins zurückerstattet erhalten.

So begegnen wir in dieser Agitation Widersprüchen über Widersprüchen, was aber auch die 1600 Angehörige der Berliner Bank- und Handelswelt, vor denen Herr Dernburg vor einigen Tagen seiner Phantasie die Zügel schießen ließ, nicht abhielt, in Jubelstürme auszubrechen, obgleich auch diese Herren, die tausende von Millionen Kapital hinter sich haben, sich hüteten, einen Teil ihrer Millionen für die Dernburgsche Kolonialpolitik zur Verfügung zu stellen. Keiner kritisierte, aber keiner unterstützte auch mit seinem Gelde die Dernburgschen Pläne.

Parteigenossen! Benützt die Spanne Zeit bis zum Wahltag, um solche Vorgänge, die stark an Demagogie grenzen, zu brandmarken und den Wählern die ganze Hohlheit solcher Schilderungen zu zeigen.

Aristokratie, Bankokratie und industrielle und handeltreibende Bourgeoisie vereinigen sich, um ihren Todfeind, die Sozialdemokratie, zu bekämpfen. Doch sie werden mit uns nicht fertig. Aber daß diese Schichten, in deren Taschen hauptsächlich die 30,000 Millionen Mark geflossen sind, um die, nach Dernburg, das deutsche Volk in den letzten 20 Jahren reicher geworden sei, sich bereit erklären, einen größeren Teil der gewaltigen Opfer in Form direkter Steuern zu tragen, davon hört man kein Wort. Statt dessen haben sie durch ihre Vertreter im Reichstag diese Opfer in Form von indirekten Steuern und Zöllen auf die notwendigsten Lebensbedürfnisse der Masse auferlegt. Diese Vertreter der satten Tugend und zahlungsfähigen Moral sitzen auf ihren Milliarden und verlangen, daß das arbeitende Volk auch weiter hauptsächlich die Opfer trage, die ihre Militär-, Kolonial- und Flottenpolitik ihm auferlegt.

Parteigenossen! Bringt es den Massen immer wieder ins Gedächtnis:

- es handelt sich bei den bevorstehenden Wahlen nicht bloß um die Kolonialpolitik und erhöhte Ausgaben hierfür;
- es handelt sich auch um neue Militär- und Flotten- und namentlich auch um neue Steuervorlagen;
- es handelt sich weiter darum, daß die Politik der Fleisch- und Lebensmittelverteuerung Trumpf bleibt, daß die nichtagrarische Bevölkerung zu Gunsten der agrarischen geschröpft und geplündert wird;
- es handelt sich endlich um die Frage: ob dem deutschen Volke das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht erhalten bleiben soll oder nicht;
- ob Deutschland fortfahren soll, durch seine reaktionäre innere Politik der Gegenstand des Spottes und der Geringschätzung, und durch seine provokatorische Militär-, Flotten- und auswärtige Politik — die uns in der Welt isoliert hat — der Gegenstand der Abneigung, um nicht zu sagen des Hasses, in der gesamten Kulturwelt zu sein.

Das alles sagt den Wählern, so lange Ihr noch zu ihnen reden könnt!

Am Wahltag aber heißt es für alle: An die Front!

Vorwärts die Massen zum Sturm!

Auf zum Sieg! Ein Hüben, ein Drüben nur gilt! Hoch die Partei!

Berlin, den 14. Januar 1907.

Der Parteivorstand.

Politische Uebersicht.

Ein christlicher Seelsorger.

In dem Orte Borchertsdorf wohnt in einem Hause des Pfarrers Schwark ein ehrlicher Arbeiter, der sich und seine Familie redlich von seiner Hände Arbeit ernährt. Anfangs Januar kündigte ihm der Herr Pfarrer plötzlich die Wohnung. Der Arbeiter war darüber ganz erstaunt, er wies auf seinen Kontrakt hin, der eine halbjährige Kündigungsfrist vorsehe, und meinte, der Herr Pfarrer hätte ihm im Oktober kündigen müssen; jetzt habe er es nicht nötig, die Kündigung anzunehmen. Aber der Pfarrer bestand auf der Kündigung. Nun fragte der Arbeiter nach den Gründen zur plötzlichen Kündigung, worauf ihm der Pfarrer rundweg erklärte, **daß er ihm kündige, weil er sozialdemokratisch gewählt habe.** Der Arbeiter war einfach verblüfft über diese Antwort, doch der Pfarrer ließ sich nicht beirren, sondern sagte, der Arbeiter habe eine sozialdemokratische Gesinnung und deshalb müsse er aus seinem gottesfürchtigen Hause. Nun war der Arbeiter nebst seinem erwachsenen Sohne im Walde des Grafen Dönhoff beschäftigt. Eines Tages, als die Beiden gerade bei ihrer Arbeit waren, trat der Förster auf sie zu und sagte ihnen, **daß er sie sofort entlassen müsse.** Auf die Frage des Arbeiters, was er und sein Sohn denn verbrochen hätten, erklärte ihm der Förster, **daß der Herr Pfarrer** Schwark ihn als einen Arbeiter mit sozialdemokratischer Gesinnung geschildert habe, und er nebst seinem Sohne deswegen entlassen werden müsse.

Das geschah auch, der Arbeiter wurde mitten im Winter mit seiner Familie dem Elend überliefert. **Der Herr Pfarrer aber wird nach wie vor jeden Sonntag auf die Kanzel steigen und die Gläubigen eindringlich ermahnen, die Gebote des Christentums auch durch die Tat zu befolgen, denn nur solche Christen seien wahrhaft gläubig.**

Daß die Zeit des Absolutismus vorbei ist,

hatte der jetzt verstorbene Schah von Persien noch kurz vor seinem Tode selber eingesehen und eingestanden. In der Ansprache, die der Schah damals, bevor er die neue Verfassung „gab", an die in seinem Palast versammelten Notabeln hielt, hob er ganz besonders hervor, daß er die ihm bereits unterbreiteten Reformvorschläge als ungenügend erachte, und daß man „im Interesse der nationalen Unabhängigkeit" **bedeutend weiter** gehen müsse. Er sprach dabei die Befürchtung aus, daß sowohl seine direkten Ratgeber, wie die freiheitlich gesinnten Notabeln, die ihm die Wünsche der Bevölkerung übermittelten, aus Respekt vor seiner Person mit der Sprache zurückhielten. In der würdigen Ansprache sagte der Schah unter anderem:

„Ich bin nun entschlossen, meine kaiserliche Macht und meinen Willen zu **beschränken**. Ich weiß, daß kein Fortschritt möglich ist, wenn ich mir nicht Fesseln an meine eigenen Füße lege. Denn so lange meine eigene Macht unumschränkt besteht, werden meine Beamten sich auch keine Schranken auferlegen. Deshalb erteile ich ausdrücklich die Erlaubnis, in Angelegenheiten des Fortschritts des Reiches und der Nation keinerlei Rücksichten auf meine unbeschränkte Macht mehr zu nehmen, denn meine kaiserliche Person ist niemals vor solchen Maßregeln zurückgeschreckt, die geeignet sind, das Wohl des Volkes und des Staates zu fördern. Seit meiner Thronbesteigung habe ich verschiedentlich diesen meinen Willen kund gegeben, und jetzt befehle ich Euch mit voller Seelenruhe, an die Beratungen zu gehen und mir frei und offen Eure Entscheidungen mitzuteilen, die ich mit Hilfe Gottes zu verwirklichen bestrebt sein werde."

Schah Muzaffer Eddin hat darin mehr Verständnis an den Tag gelegt wie gewisse Leute in Deutschland, vor allem in **Mecklenburg!**

Neuer Streit um Marokko!

Der deutsche Major von Tschudi und der deutsche [illegible]meister Wolff sind durch Vermittelung der deutschen Gesandtschaft in Marokko vom Sultan [illegible] in militärtechnischen Angelegenheiten an seinen Hof engagiert worden. Gegen dieses Vorgehen der deutschen Regierung hat das Organ der französischen, der „Temps", Einspruch erhoben und es als im Widerspruch mit der Algecirasakte stehend bezeichnet. Zugleich wurde die [illegible] ausgesprochen, daß Herr v. Tschudi die Aufgabe habe, deutschen Firmen,

besonders des Hauses Krupp, marokkanische Staatsaufträge zuzuschanzen. Ein solcher Auftrag würde den Artikeln 105 bis 119 der Algecirasakte widersprechen, die, um die Monopolstellung einer einzelnen Macht zu verhindern, die Vergebung öffentlicher Arbeiten unter die Kontrolle der Signatarmächte stellen.

Die „Nordd. Allg. Ztg." teilt nun mit, daß Major v. Tschudi den deutschen Gesandten Dr. Rosen nach Fez begleitet habe, und alsdann vom Sultan als dessen Berater in etwa vorkommenden technischen Angelegenheiten engagiert worden sei. Es sei möglich, daß er als solcher vom Sultan auch bei der diesem nach Artikel 108 der Algecirasakte obliegenden Aufstellung der Lastenhefte und Pläne für die öffentlichen Arbeiten, die im Submissionsverfahren zu vergeben sind, herangezogen wird. **Das Recht, sich seine Ratgeber für seine Entschlüsse frei zu wählen, stehe dem Sultan als Souverän eines unabhängigen Landes unzweifelhaft zu.** Ob Herr von Tschudi zugleich etwa privatim (!) von der Firma Krupp beauftragt sei, ist der „Nordd. Allg. Ztg.", wie sie vorgibt, „nicht bekannt". Der Rittmeister Wolff gehe lediglich als Begleiter des Majors v. Tschudi nach Marokko.

Soweit die Rechtfertigung der deutschen Regierung. Wir haben schon oft ausgeführt, daß es kaum einen verwickelteren, dehnbareren, an Hintertürchen reicheren diplomatischen Vertrag gibt als den von Algeciras. An Kunst der Auslegung haben auch Spanien und Frankreich durch die Entsendung ihrer Geschwader nach Tanger Erhebliches geleistet. Das soll durchaus nicht beschönigt werden. Es ist aber nicht minder gewiß, daß die Entsendung der deutschen Offiziere und Kruppagenten nach Fez, gerade nach der Darstellung der „Nordd. Allgem. Zeitung", eine rechtsverdreherische Umgehung des sechsten Kapitels der Algecirasakte bedeutet. Die „Norddeutsche" gibt zu, daß Tschudi und Wolff vom deutschen Gesandten beim Sultan eingeführt worden sind, sie bestreitet nicht, daß sie aktive Offiziere der deutschen Armee sind und läßt die Frage offen, ob die beiden Herren nicht zugleich auch Geschäftsträger der Firma Krupp sind. Wenn die Lastenhefte und Pläne für ein Submissionsverfahren statt von einem nach allen Seiten unabhängigen Staatsbeamten, von dem Agenten einer privatkapitalistischen Firma aufgestellt werden, so läßt sich leicht denken, wer zum Schluß den Zuschlag bekommt.

Es ist daher zu befürchten, daß die Aufklärungen des deutschen Regierungsblattes den Streit um Marokko und die Auslegung der Algecirasakte aufs neue wesentlich verschärfen werden.

Das Zahlen ist für die Dummen! Die kapitalistischen Kater, die schnurren, wenn sie Profit wittern, schildert das „Berliner Tageblatt" bei der zweiten Rede Dernburgs sehr anschaulich:

„Als Herr Dernburg erzählte, daß in Aegypten der Hektar Baumwollboden 1200 Mk. und in den deutschen Kolonien erst vier oder fünf Mark kostete, regte sich hier und da eine gewisse Kolonialbegeisterung, ein behagliches Gemurmel lief durch den Saal und einige der Anwesenden schienen schon im stillen zu rechnen. Diese Begeisterung legte sich und die stille Rechenarbeit hörte auf, als Herr Dernburg dann hinzufügte, daß man Resultate vielleicht erst in fünfzehn oder in zwanzig Jahren oder auch erst später erwarten könne. So flatterten die frohen Hoffnungen gewöhnlich in unabschätzbare Weiten davon, und die kühleren Köpfe vermißten die sichere Basis."

So sieht der Kolonialpatriotismus der Besitzenden aus! Von den Besitzlosen aber verlangen diese „kühleren Köpfe", daß sie die Koloniallasten willig und geduldig tragen sollen.

Neue Enthüllungen oder Drohungen? Der bisherige Zentrumsabgeordnete Gröber hat rheinischen Blättern zufolge in einer Versammlung in Köln mit der Erörterung von Kolonialskandalen gedroht, indem er die Enthüllung neuer noch unbekannter Vorkommnisse in Aussicht stellte.

Abgekartete Komödie! Wie brüllte in einer der ersten Sitzungen des Reichstages der Löwe Bassermann als Vertreter der nationalliberalen Interpellation gegen das persönliche Regiment und die auswärtige Politik. Wie staunten die nationalliberalen Männlein im Lande, was ihr Bassermann sei für ein großer, was für ein unerschrockener Mann! Jetzt sinkt die Hülle von dem Heros! Was wir schon damals als gewisse Vermutung ausgesprochen hatten, bestätigt der Zentrumsabgeordnete Freiherr von Hertling: Im Dunkel der politischen Hintertreppe haben Herr v. Bülow und Herr Bassermann vereinbart, sich gegenseitig den Pelz zu waschen, ohne ihn naß zu machen. Das grandiose Rencontre Bülow-Bassermann war eine abgekartete Komödie. Welche Helden!

Im Dienst unserer Sache gestorben. Einen Flugblattverteiler unserer Partei ereilte in Dresden bei seiner Arbeit ein tragisches Geschick, das den Tod des braven Mannes herbeiführte. Der Klempner Emil Meyer, verheiratet, war mit dem Verteilen von Flugblättern im Hause Dippoldiswaldaergasse 11 beschäftigt. Als er vom Korridor der 3. Etage nach der Treppe zurückgehen wollte, stürzte er die Treppe hinunter, wodurch er einen Schädelbruch erlitt. Der Tod trat bald darauf ein. Die eigentliche Ursache des Todes und des Sturzes ist nach der Untersuchung des Herrn Sanitätsrat Dr. Pleitner ein Lungenschlaganfall gewesen. Der Schlaganfall hat M. offenbar getroffen in dem Moment, als er die Treppe hinabsteigen wollte. Die Arbeiterschaft wird dem Braven, den selbst Krankheit nicht davon abhielt, seine Pflicht für die große Sache der modernen Arbeiterbewegung zu tun, ein ehrendes Andenken bewahren!

Der Feldwebel von Hanau. In Hanau wurde ein Schwindler verhaftet, der in Feldwebeluniform verschiedene Gaunereien verübte. Auch in Aachen, Köln, Hamburg, Berlin und Luckenwalde hat der Verhaftete in Uniform seine Tätigkeit entfaltet. Er heißt Erich Cassel und ist aus Basel.

Der Märchenerzähler als Kandidat. Der Vorstand des Altonaer Nationalvereins gegen die Bestrebungen der Sozialdemokratie hat im Reichstagswahlkreis Altona-Stormarn den Kolonialdirektor Dernburg gegen den freisinnigen Kandidaten Otto Löwenthal und den Sozialdemokraten Frohme aufzustellen beschlossen.

Der Kirchhofsinspektor als Wahlmacher. Im konservativen Wahlkomitee des Kreises Teltow-Beeskow sitzt neben lauter Offizieren und Rittergutsbesitzern — vermutlich als einzig Bürgerlicher des Kreises, der „für die gute Sache" eintreten will — ein Kirchhofinspektor. Zu den Leuten der guten alten Zeit, die noch konservativ und gottesfürchtig waren, hat er sicher bessere Beziehungen als irgend ein anderer. Hoffentlich läßt er sie aber nicht zur Wahl aufmarschieren — obwohl ihm dieser Gedanke recht nahe liegen könnte, da die lebenden Wähler von Teltow-Beeskow, Gott sei's geklagt, zumeist Sozialdemokraten sind!

Kleine politische Nachrichten.

Zu dem kommenden Osterfeste soll in Deutschland ein großer anarchistischer Kongreß stattfinden, an dem auch die Organisationen der anarcho-sozialistischen Gewerkschaften teilnehmen sollen. — Kolonialdirektor Dernburg wird einer Einladung der Handelskammer Hamburg Folge leisten und einen Vortrag halten. — Der Redakteur und Schriftsteller Dr. Palyo in Budapest erstattete gegen den Justizminister Polonyi Anzeige wegen versuchter Erpressung, der sich Polonyi während seiner Tätigkeit als Advokat an der gräflichen Familie Nako schuldig gemacht haben soll. — Die Schauspielerin Sarah Bernhard lehnte in ihrer letzten Unterredung mit dem Unterrichtsminister Briand das ihr angebotene Kreuz der Ehrenlegion ab, weil ihr dasselbe in ihrer Eigenschaft als Theaterdirektorin und nicht als Schauspielerin angeboten wurde.

Ausland.

Sozialdemokratischer Protest. Die sozialdemokratischen Vereine in Genf haben eine Protestkundgebung veranstaltet gegen die Verhaftung des Genossen Bertoni, der wegen Verherrlichung der Ermordung des Königs Humbert verhaftet und zu einem Monat Gefängnis verurteilt worden war.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 15. Januar.

Zwei große öffentliche Frauen-Versammlungen

finden in den nächsten Tagen statt und zwar

Donnerstag, den 17. Januar, Abends 8 Uhr, im „Schweizerhof", Schweizerstraße 23;

Freitag, den 18. Januar, Abends 8 Uhr, im „Ballhof", Schießwerderplatz.

Die Tagesordnung in beiden Versammlungen lautet:

„Die Frauen und die bevorstehenden Reichstagswahlen". Referentin ist Frau Emma Ihrer aus Berlin.

Die diesmaligen Reichstagswahlen sind mehr als je dazu angetan, die Frauen und Mädchen des arbeitenden Volkes wachzurufen. Es wird deshalb ein zahlreicher Besuch der Versammlungen erwartet.

Männer sind eingeladen.

Geht rechtzeitig zur Wahl!

Die Müller haben in ihrer Mitglieder-Versammlung am Sonntag beschlossen, an ihre Arbeitgeber das Ersuchen zu richten, am Wahltage (25. Januar) die Mittagspause um eine Stunde zu verlängern, damit die Mühlenarbeiter rechtzeitig ihre Stimme abgeben können. Das Vorgehen der Müller verdient Nachahmung.

Zur Verhinderung von Raubanfällen auf der Eisenbahn

wie solche im Vorjahre mehrfach vorgekommen sind, ist nunmehr der vom Minister der öffentlichen Arbeiten aus maschinen-, betriebs- und verkehrstechnischen Mitgliedern gebildete Ausschuß mit geeigneten Anregungen hervorgetreten. Der Ausschuß ist der Meinung, daß Einrichtungen an Personenwagen, die das Eintreten unbefugter Personen während der Fahrt in den Wagen verhindern oder erschweren sollen, oder die ein solches Vorkommnis durch selbsttätige oder persönliche Signalisierung dem Zugbeamten melden, oder den Zug zum Stillstand bringen sollen, nicht als geeignete Mittel für den erwähnten Zweck in Betracht kommen können. Dagegen soll dahin gestrebt werden, eine größere Anzahl von Reisenden in einem gemeinsamen Raume unterzubringen, damit sie in der Lage sind, sich gegenseitig Hilfe zu leisten und die Notbremse zu ziehen. Die eigentlichen Durchgangswagen, deren Eingang an der Stirnwand liegt, und deren Innenräume durch einen Mittelweg mit einander verbunden, oder durch eine unverschlossene Tür von einander getrennt sind, gewähren dem Reisenden zweifellos das Gefühl erhöhter Sicherheit, dafür aber büßt er an Ruhe und Bequemlichkeit umsomehr ein. Die Sitze eignen sich nicht zum Liegen, bei Oeffnung der Fenster entsteht leicht Zug im ganzen Wagen, Abteile für Nichtraucher und Frauen können nicht vollkommen abgetrennt werden, auch läßt sich der Wunsch vieler Reisender mit ihren Angehörigen möglichst ungestört zu bleiben, nicht immer erfüllen. Diese Wagen finden deshalb auch zumeist nur in Lokalzügen und auf Nebenbahnen Verwendung, wo die Reisedauer keine große ist. Die Wagen der D-Züge weisen alle Vorzüge der Durchgangswagen auf, ohne ihre Nachteile. Sie sind aber sehr schwer und teuer und die Anzahl der Sitzplätze ist geringer, als in den Abteilwagen. Zunächst sollen deshalb nur alle dem großen Verkehr dienenden Schnellzüge in D-Züge umgewandelt werden. Im Nahverkehr werden vielfach Abteilwagen verwendet, bei denen die Zwischenwände nur halbhoch geführt sind und in denen die einzelnen Abteile mit einander durch Oeffnungen verbunden sind, sodaß sich die Reisenden während der Fahrt im Wagen verteilen können. Die so eingerichteten Wagen würden dem gedachten Zweck der persönlichen Sicherheit der Reisenden im Fernverkehr sicher weit mehr genügen, als Wagen mit völlig abgeschlossenen Abteilen. die Trennung der einzelnen Abteile bietet dem reisenden Publikum immerhin aber Annehmlichkeiten, die es schwer vermissen würde. Die neuen Wagen sollen deshalb so eingerichtet werden, daß immer zwei oder mehrere Abteile mit einander verbunden werden, ohne daß die bisherige Ausstattung wesentlich geändert wird. Dort aber, wo sich Zwischentüren nicht vermeiden lassen, zum Beispiel bei Frauenabteilen, sollen an Stelle der oberen Türfüllungen matte Glasscheiben eingesetzt werden, die Geräusche im Nachbarabteile weniger abhalten und eventuell leicht zertrümmert werden können, um schnelle Hilfe zu ermöglichen. Wo einzelne Abteile bleiben müssen, soll der obere Teil der Zwischenwände entfernt werden. Zudem ist eine schärfere Bewachung der Züge angeordnet. Die Beamten haben darauf zu halten, daß Personen die Züge stets nur auf der dem Bahnsteige zugekehrten Seite besteigen und verlassen und auf Personen zu achten, die nach dem Anfahren des Zuges auf- oder abspringen rc. In den D-Zügen sollen die Beamten öfters durch den Zug gehen und insbesondere während der Mahlzeiten sollen sie sich nicht in ihrem Dienstabteil, sondern in den Gängen des Zuges aufhalten.

---

* **Der entlassene Maurerpolier.** Der Maurerpolier Schmidt erfreute sich des Wohlwollens seines Arbeitgebers, des Maurermeisters Fleck. Ein Jahr lang war Schmidt für den Meister tätig und stets zur vollen Zufriedenheit des Meisters, dessen volles Vertrauen er sich erworben hatte. Um so verwunderlicher war dem Polier die plötzliche Entlassung. Was hatte er verbrochen, so plötzlich in Ungnade gefallen zu sein? Die Ursache der Entlassung vernahmen wir in der Verhandlung vor dem Gewerbegericht, denn Schmidt hat sich die Entlassung nicht gefallen lassen und den Lohn für zwölf Arbeitstage im Betrage von 67 Mark im Klagewege gefordert. Der Beklagte gab drei Gründe an, die ihn bewogen, den sonst so zuverlässigen Mann seines Postens zu entheben und diese Gründe hielt er für so wichtig und maßgebend, daß über die Berechtigung der Entlassung gar kein Zweifel aufkommen könne. Schmidt habe zur Vermauerung eines Fundaments 12.000 Ziegel mehr verbraucht als nach seiner Ansicht notwendig gewesen wäre, es sei dadurch ein Schaden von 1300 Mark entstanden, von dem ihm der Bauherr zwar 800 Mark ersetzt habe, aber immerhin betrage sein Schaden noch 500 Mark. Ferner habe Schmidt es fertig gebracht, für die am Bau beschäftigten 14 Maurer 28 Arbeiter zu geben, also für jeden Maurer zwei Arbeiter, aber das Ungeheuerlichste, was sich [illegible], sei das gewesen, daß er den Maurern 2 Pf.

Mutterfreuden.

Roman von H. Salomon.

(Nachdruck verboten.)

[illegible]

einen Menschen schlimmer, wie solche abgestumpfte Unterrichtsmethode. Der Mensch wird dabei zu einer regelrechten Maschine, die ihr [illegible] Tagespensum gleichmäßig herunterhaspelt und dann wieder stillsteht, um am nächsten Tage dasselbe zu wiederholen. Das wären, wie gesagt, die geborenen Unteroffiziere.

Die zweite Gattung wird von solchen Leuten gebildet, die in ihrem Handwerk nichts gelernt oder doch sehr wenig Lust zur Arbeit überhaupt haben. Sie gehen schon größtenteils mit dem [illegible] zum Militär, zu avancieren und dabei zu bleiben. Auch diese Gattung stellt einen großen Prozentsatz der mißhandelnden Vorgesetzten, da ihnen meistens jede Intelligenz abgeht und sie nun [illegible], durch brutale Behandlung ihrer Untergebenen das zu erreichen, was man viel besser durch eine [illegible] Erziehung erhalten kann.

Nun kommt die dritte Kategorie, zu denen auch unser Herr [illegible] zählt. Die betrachten die untere Militärkarriere als das Mittel zum Zweck, um nach zurückgelegter zwölfjähriger Dienstzeit sich [illegible] zu erwerben und sich dann nach irgend einem [illegible] Posten mit dem Zivilversorgungsschein in der Tasche umzusehen. Das sind immer noch die besten Vorgesetzten, [illegible] Unser Künzel hat, [illegible] noch zwei Jahre bis zur Erlangung des [illegible], und da muß er sich unbedingt hüten, daß er nicht [illegible] Ich muß gestehen, daß er immer noch einer von denen ist, die der Mißhandlungen [illegible]

„Na, siehst Du, [illegible] meine Ansicht über unsere Vorgesetzten, [illegible]"

[illegible]

„[illegible]" fiel ganz erschrocken Friedel aus. [illegible]

[illegible]

„[illegible]," entgegnete Friedel kopfschüttelnd, [illegible]

„[illegible]" sagte Käder dann, von dem Thema abbrechend.

(Fortsetzung folgt.)

mehr Stundenlohn aufschrieb, statt 52, 54 Pf. Die Maurer hätten allerdings diesen erhöhten Lohn nicht erhalten, aber immerhin sei es bezeichnend für einen Polier, wenn er so etwas tue. Der Meister war sehr überrascht, als ihm vor Gericht erklärt wurde, daß die angeführten Gründe nicht stichhaltig sind und zur Entlassung eines Poliers nicht berechtigten. Der Kläger hatte angegeben, daß er alles, was der Beklagte gerügt, im Interesse seines Arbeitgebers getan habe, worüber er nähere Angaben machte. Da sich der Meister zu einem gütlichen Vergleich nicht entschließen wollte, wurde er verurteilt, die klägerische Forderung anzuerkennen.

* **Steinbeil-Funde.** Auf dem neuen Breslauer Rennplatze des Schlesischen Rennvereins bei Hartlieb werden bei den Schachtarbeiten fortgesetzt vorgeschichtliche Gegenstände zutage gefördert. Außer den Bernsteinfunden, über die wir seinerzeit berichtet, fand man mehrere, zum Teil recht gut erhaltene Tongefäße, offenbar Begräbnisurnen, deren Inhalt jedoch bis zur formlosen Masse vermorscht war. Seltsamerweise hatte eine davon eine auffallende Aehnlichkeit mit einer Jokeykappe, hoffentlich ein günstiges Omen für den Schlesischen Rennverein. Im Spätherbst hatte man abermals einen interessanten Fund gemacht, indem in geringer Tiefe mehrere bereits etwas verwitterte Steinbeile von länglicher Form gefunden worden sind. Es dürfte wohl mit Sicherheit anzunehmen sein, daß man es hier mit einem jener heidnischen Ansiedelungsstätten zu tun hat, wie deren in Schlesien schon so viele aufgedeckt worden sind.

* **Das neue Einkommensteuergesetz.** Zum ersten Male treten für das Steuerjahr 1907 die Bestimmungen der Steuernovelle vom 19. Juni 1906 in Kraft. Durch diese ist das bisher gültige Steuerveranlagungsgesetz ganz wesentlich abgeändert worden. Für jeden Steuerzahler ist es deshalb von großer Wichtigkeit, mit den neuen gesetzlichen Bestimmungen vertraut zu sein. Nur bei Kenntnis der gesetzlichen Bestimmungen wird der Steuerzahler in der Lage sein, sich gesetzmäßig einzuschätzen, die Veranlagung nachzuprüfen und zu hohe Einschätzungen erfolgreich abzuwenden. Das im Verlage von L. Schwarz u. Comp., Berlin S. 14, Dresdenerstraße 80, erschienene handliche Buch: Das neue preußische Einkommensteuergesetz vom 19. Juni 1906, gültig ab Steuerjahr 1907, bringt die neuen Bestimmungen. Preis 1.20 Mk.

* **Die Beerdigung ohne Träger.** Zu dem von uns gemeldeten Vorfall auf dem Koseler Friedhofe sendet uns Herr Friedhofverwalter Mathias Rybark folgende „Berichtigung":

Sie haben in Nr. 9 Ihrer Zeitung vom 11. Januar cr. einen Artikel „Die Beerdigung ohne Träger" veröffentlicht. Derselbe enthält mehr als eine Unrichtigkeit und ersuche ich daher höflichst, folgende Berichtigung aufzunehmen:

1. Ich habe den Leidtragenden sofort erklärt, daß ich an dem Fehlen der Träger keine Schuld habe, da ich weder mit der Trägerbestellung, noch mit der Trägerbezahlung etwas zu tun habe. Ich habe bei einer solchen Beerdigung den Totengräber zu stellen, das andere geht mich nichts an.

2. Die Tochter des Kirchenbeamten hat die ihr in den Mund gelegte Aeußerung nicht getan, erklärt dies vielmehr als eine Unwahrheit. Das Geld für die nicht erschienenen Träger ist an die Angehörigen zurückgezahlt worden.

3. Der Totengräber und der Glöckner haben die Leiche mit getragen und auch versenkt, während es nach Ihrer Darstellung scheint, daß hierzu nur die Söhne der Verstorbenen dagewesen seien.

Da in dem Artikel mein Name mit der Affäre in einer Weise in Verbindung gebracht wird, daß der Leser annehmen muß, die Träger seien bei mir bestellt und bezahlt worden, so darf ich wohl ersuchen und erwarten, daß Sie diese Berichtigung ebenfalls veröffentlichen.

Herr Rybark berichtigt damit Dinge, die wir gar nicht behauptet hatten, insofern als es uns gar nicht eingefallen ist, ihm irgend eine Schuld an dem Vorfalle beizumessen.

* **Vermächtnis.** Der am 8. d. Mts. verstorbene Geheimrat Dr. Grempler hat die Stadtgemeinde zur Erbin seines etwa 300,000 Mark betragenden Vermögens eingesetzt, das unter dem Namen „Wilhelm Grempler-Stiftung" dem Museum schlesischer Altertümer zugute kommen soll. Die Zinsen sollen, soweit sie nicht von zwei lebenslänglichen Renten in Anspruch genommen werden, für Ankäufe, wissenschaftliche Reisen und zur Veröffentlichung guter Arbeiten auf dem Gebiete der prähistorischen Forschung Verwendung finden. Zum Testamentsvollstrecker ist Oberbürgermeister Dr. Bender ernannt worden. Das Museum für bildende Künste wurde mit einigen Oelgemälden namhafter Künstler bedacht.

* **Aprilwetter** herrscht bei uns mitten im Januar. Der Sonntag brachte uns abwechselnd Sonnenschein, Sturm und Regenschauer, Schneetreiben, Graupenfall und wieder Sonne. In Haynau, Liegnitz, Striegau, Reichenbach, Ingramsdorf und Langenbielau wurden Gewittererscheinungen wahrgenommen. In Reichenbach war der Sturm so stark, daß er die Glocken der katholischen Kirche zum läuten brachte. Die mehrtägige regnerische Witterung hat ein erhebliches Steigen der Oder zur Folge gehabt, sodaß der Eisgang stündlich zu erwarten ist.

* **Richtigstellung.** Ein Teil der Breslauer Presse brachte in den Nachrichten aus der Justiz die Mitteilung, daß Rechtsanwalt Dr. Bohn in Breslau in der Liste der Rechtsanwälte gelöscht sei. Diese Mitteilung beruht auf einem Irrtum. Dr. Bohn übt nach wie vor seine Praxis als Rechtsanwalt am königlichen Amts- und königlichen Landgericht Breslau aus.

* **Stadt-Theater.** Heute Dienstag wird Richard Wagners romantische Oper „Tannhäuser" mit Herrn Troitzsch in der Titelpartie gegeben. Als Elisabeth gastiert Frau von Ulff-Berny auf Engagement. Morgen Mittwoch findet eine Wiederholung von Donizettis mit großem Beifall aufgenommener Oper „Don Pasquale", in Verbindung mit dem Balletdivertissement „Die Puppenfee" statt. Am Donnerstag wird Friedrich Schillers Schauspiel „Wilhelm Tell" gegeben. Für Freitag werden „Die Meistersinger von Nürnberg" von Richard Wagner vorbereitet. Am Sonnabend wird Verdis große Oper „Othello" gegeben.

* **Lobe-Theater.** Heute Dienstag wird Kadelburg-Skowronneks Lustspiel „Husarenfieber", das bei seiner Premiere sowohl wie bei der Wiederholung am Sonntag vor ausverkauftem Hause stürmischen Beifall erreichte, zum dritten Male gegeben. Morgen Mittwoch und am Donnerstag finden Wiederholungen von Lebars zugkräftiger Operette „Die lustige Witwe" statt.

* **Volksvorstellungen im Thalia-Theater.** Als erste Vorstellung für Gruppe II wird morgen Mittwoch „Die versunkene Glocke" wiederholt. An der Abendkasse Billettverkauf.

* **Breslauer Schauspielhaus.** Am Sonnabend, den 19. d. M. eröffnet das neue Kunstinstitut seine erste Uraufführung. Georg Jarno, der Kapellmeister des Hauses und auch hier wohlbekannte Komponist hat eine baltische Operette komponiert: „Der Goldfisch". Text von Richard Jäger. Dieses jüngste Kind der Jarnoschen Muse soll also an obengenanntem Tage das Licht der Welt im Schauspielhause erblicken. Der Musik wird viel Gutes nachgesagt: einschmeichelnde Melodien wechseln ab mit gefälligen Tanzweisen. Das Textbuch ist sehr lustig und voll gesunden Humors. Wegen Vorbereitungen für die Uraufführung wird Freitag statt „1001 Nacht" der mit großem Beifall aufgenommene Schwank „Poulon" gegeben. Demnach finden Wiederholungen von „Poulon" am Dienstag, Donnerstag und Freitag statt. „1001 Nacht" geht in dieser Woche nur noch Mittwoch in Szene. — Billets zu allen Vorstellungen sind an der Kasse des Theaters von 10—2 Uhr und im Verkehrsbureau Barasch zu haben.

* **Ein umfangreicher Diebstahls- und Hehlerprozeß** stand am Montag vor der dritten Breslauer Strafkammer zur Verhandlung an. Es handelte sich um die Veruntreuungen bei der Firma Erber und Eppenstein, die bereits vor Jahresfrist aus Tagesblättern bekannt. Die Verhandlung wurde um 12½ Uhr Mittags infolge Unwohlseins des Vorsitzenden, Landgerichtsrat Heinze unterbrochen werden, noch bevor die Vernehmung der 15 Angeklagten beendet war. Zwei Stunden später sollte die Verhandlung fortgesetzt werden, doch mußte dann bekannt gegeben werden, daß infolge Erkrankung des Vorsitzenden die Verhandlung vertagt werden müsse.

* **Eine Zigarrentasche gefunden** wurde am Montag Abend in der Versammlung im Deutscher. Der Bestohlene kann sie in unserer Redaktion in Empfang nehmen.

Mitteilungen aus den Gewerkschaften.

* **Achtung, Steinarbeiter** (Zahlstelle I.) Mittwoch, den 16. d. Mts., Abends 6½ Uhr, findet im „Gewerkschaftshause", Zimmer 3 u. 4 eine Mitgliederversammlung statt. Tagesordnung: 1. Abrechnung; 2. Vorstandswahl; 3. Wahl einer Tarifkommission; 4. Stellungnahme zur Gaukonferenz; 5. Verschiedenes. — Wegen der zahlreichen und wichtigen Tagesordnung ist es Pflicht eines jeden Kollegen, pünktlich zu erscheinen. Der Vorstand.

* **Die Kassierer der Gewerkschaften** werden auf den Beschluß des Gewerkschaftskartells aufmerksam gemacht, wonach die Kartellbeiträge im Laufe der ersten drei Wochen eines jeden Quartals an den Kartellkassierer Genossen Peterhansel im Arbeitersekretariat, Nikolaistraße 18/19, abzuführen sind.

Aus Schlesien und Posen.

Freiburg, 14. Januar. „Liberalismus" nach allen Seiten. In unserem Wahlkreise kandidiert bekanntlich für „sämtliche liberalen Parteien" wieder Redakteur Goldschmidt aus Berlin. Dieser Tage stieg er auch hierorts in die Arena, um sich dem freisinnigen Bürgertum und den Hirsch-Dunckerschen Arbeitern als Vertreter der Regierungspartei zu präsentieren. Seine Rede klang aber merkwürdig resigniert, als wenn er sich selbst nicht ganz wohl fühlte im Glanze der Regierungssonne. Man kannte den sonst so ruppigen Herrn Goldschmidt garnicht wieder. So verfuhr er denn auch glimpflich mit der Sozialdemokratie, und war so ehrlich, nicht nur zu sagen, daß die Sozialdemokraten gegen die Arbeiterschutzgesetze gestimmt, sondern auch die Gründe für dieses Verhalten anzuführen. Seine Devise war: Gegen die Sozialdemokraten, für die Arbeiter, gegen das Zentrum, für die Katholiken, gegen die Konservativen, für die Bauern! Wie das alles zu Wege gebracht werden soll, bleibt Geheimnis des Herrn Goldschmidt. Der Wahlspruch, gegen die Konservativen, hindert die mutigen Freisinnsmannen natürlich nicht, in der Stichwahl für die Konservativen einzutreten, wie dies schon bei zwei Wahlen der Fall war. Dies geschieht jedenfalls deshalb, um sich ihrem hohen Protektor Bülow, der kein Konsequenzenmacher ist, würdig zu zeigen. In der Diskussion produzierte sich Herr Eichner, ein Vertreter der Mittelständler, als gekränkte Leberwurst. Ihm hatte es der Ausspruch Goldschmidts, daß die Ortsgruppen der Mittelstands-Vereinigung nur Filialen des Bundes der Landwirte in den Städten seien, angetan. Es gebrach jedoch Herrn Eichner an der notwendigen Redegewandtheit, um diesen Vorwurf entkräften zu können. Herr Goldschmidt benutzte denn auch einige seiner sprachlichen Entgleisungen, um den Mittelständler vor der ganzen Versammlung lächerlich zu machen. Alles in allem, ein Bild von der Zerfahrenheit des Bürgertums, wie man es selten zu sehen bekommt. — An der denkenden Arbeiterschaft ist es, am 25. Januar zu zeigen, daß sie weiß, was sie will, indem sie eintritt für den Kandidaten der Sozialdemokratie, Franz Feldmann.

—r. **Posen,** 9. Januar. Der Herr Graf vor Arbeiterwählern. Die Zeit kurz vor den Reichstagswahlen schafft die merkwürdigsten Situationen. Die sich sonst turmhoch erhaben dünken über alles „gemeine Volk" und gar erst den Arbeiter nur noch mit Widerwillen ansehen, bekommen es fertig, in der Wahlzeit den Arbeiterwähler zu umgirren, als wäre er seinesgleichen, und vor ihm höchst vernünftige Gedanken zu entwickeln. Der frühere Reichstagsabgeordnete, Graf Mielżyński, Herr auf Kórnik, hält vor seinen Wählern fleißig Reden, wobei er es nicht verschmäht, Versammlungen in Dorfkrügen, Scheunen und Pferdeställen zu besuchen. Ueber eine solche Versammlung erhält das „Pos. Tagebl." einen Bericht, aus dem wir folgendes entnehmen:

Anwesend waren etwa 100 Personen, meist Arbeiter und kleine Bauern. Mindestens die Hälfte der Erschienenen bestand aus Deutschen. Graf Mielzynski, der die Versammlung einberufen hatte, führte in längerer Rede aus, es wäre ihm gesagt worden, daß sich viele Deutsche im Sale befänden. Da diese nun wohl der polnischen Sprache nicht genügend mächtig wären, würde er seine Rede in deutscher Sprache halten.

Zunächst möchte er über die wahre Ursache der Reichstagsauflösung sprechen. Als der Krieg in Afrika begonnen hätte, da hätten die Minister hoch und heilig versprochen, daß die Kosten 4 bis 5, im Höchstfalle 6 Millionen betragen würden. Jetzt aber hätte dieser unglückselige Krieg bereits 140 Millionen gekostet, und wenn es so weiter gehe, würde er noch Milliarden verschlingen. 300 Hottentotten mit 150 Gewehren ständen 8000 wohlbewaffneten Soldaten gegenüber. Dieses Mißverhältnis wäre den Volksfreunden doch zu gewaltig gewesen. Da wäre das Zentrum aufgestanden und hätte gesagt, daß es lächerlich wäre, gegen die wenigen Wilden eine so enorme Truppenmacht aufzubieten, es müßte hiermit endgiltig Schluß gemacht werden. Das Zentrum sagte auch, es wollte für die Ehre des Vaterlandes gerne Soldaten und Geld hingeben, aber nicht für eine abenteuerliche Kolonialpolitik, nicht für eine Kolonie, die niemals etwas einbringen würde.

Die Schuldenlast des Reiches wäre enorm gewachsen, da eine Politik, wie sie gegenwärtig getrieben würde, ungeheure Summen verschlinge. Um Geld zu beschaffen, wären vor kurzer Zeit neue Steuerquellen entdeckt worden, durch die aber nur der kleine Mann belastet würde. So wäre es auch mit der Biersteuer gewesen. Er (Redner) wäre damals in der Kommission gewesen und hätte vor dieser Steuer gewarnt, da sie nur auf den kleinen Mann abgewälzt werden würde. Da hätte ein Mitglied der Rechten — er müßte sich so ausdrücken — die Frechheit gehabt, zu behaupten, daß Bier ein Luxusartikel wäre. Er (Redner) habe darauf erwidert, daß es eine Schmach und Schande wäre, das Bier, das Genußmittel des kleinen Mannes, zu verteuern, ebenso wäre es mit der Zigarettensteuer gewesen.

Da nun voraussichtlich eine in gleichem Maße weiter getriebene Kolonialpolitik ungeheure Mittel erfordert hätte, so hätte sich das Reich zur Deckung der Kosten nach neuen Steuerquellen umsehen müssen. Diese neuen Steuerlasten würden dann auch jedenfalls auf das Volk abgewälzt werden. Dies müßte verhütet werden.

Und so weiter. Der Herr Graf hat hier in einigen Sachen gar nicht so unrecht. Nur hat er vergessen, seinen Wählern zu erzählen, daß gerade das Zentrum und zum Teil auch die polnischen Abgeordneten es sind, unter deren tatkräftiger Mitwirkung die Schuldenlast des Reiches so ungeheuer gestiegen, die Volksauswucherung durch den Zolltarif verschuldet, und dem arbeitenden Volke die ganzen ungeheueren Lasten dieser abenteuerlichen Kolonial-, Militär- und Marinepolitik aufgebürdet worden ist. Wenn die Arbeiter, polnische wie deutsche, die Fortsetzung einer solchen Politik wirklich verhindern wollen, müssen sie schon anders wählen, als einen polnischen Grafen und „Herrn auf Kórnik", dann müssen sie schon einen Sozialdemokraten wählen.

— Hausknechte. In Rakel, im Wahlkreise Wirsitz-Schubin, fand am 7. Januar eine Wählerversammlung statt, in welcher der Kandidat des Wahlkreises, Landrat Graf Wartensleben, als der beste Reichstagskandidat geschildert wurde. Für seine Kandidatur sprachen die Redner der Konservativen, der Freisinnigen und der deutschen Katholiken. Als auch einige Sozialdemokraten das Wort verlangten, um ihre Ansicht zu äußern, wurden sie kurzer Hand unter Hilfe der Polizei aus dem Saale entfernt, was bei den anwesenden Deutschen lebhafte Bravorufe auslöste. Darauf wurde ein Hoch auf den Fürsten Bülow ausgebracht.

Aus den Gerichtssälen.

Straßenraub. war den Arbeitern Wilhelm Arlt und Wilhelm Martin, bis sich am Freitag vor dem Breslauer Schwurgericht zu verantworten hatten, zur Last gelegt. Ebenso lautete am Sonnabend die Anklage wider die Arbeiter Hermann Willert und Paul Hübner auf Straßenraub. Arlt und Martin stehen im Alter von 19 bezw. 17 Jahren. In der Nacht zum 9. Juli vorigen Jahres kamen sie stark angetrunken aus einer Restauration und trafen auf der Augustastraße zwei italienische Fruchteisverkäufer. Sie wollten für zwanzig Pfennige Eis kaufen, konnten solches aber nicht erhalten, weil die Vorräte ausverkauft waren. Es kam zu einem Streit, der zu einer Balgerei führte. Dabei riß Arlt dem einen Italiener die Geldtasche auf und nahm ihm eine Handvoll Geld weg. Mehrere Geldstücke fielen auf die Erde, und diese nahm Martin zu sich. Die Geschworenen verneinten die Frage nach Straßenraub und bejahten die auf Diebstahl gestellte Frage. Das Urteil lautete gegen Arlt auf ein Jahr und gegen Martin auf zwei Monate Gefängnis. — Willert und Hübner waren am 18ten Oktober mit dem Schiffsheizer Nowak von der Luftschaukel an der Hubenstraße aus von Restauration zu Restauration gezogen. Nowak, ein 17jähriger Mensch, hatte viel Geld bei sich und wurde von den beiden anderen genötigt, ordentlich zum besten zu geben. Schließlich verleiteten die beiden im Hofe einer Restauration, wie sie dem anderen das Geld wegnehmen könnten. Auf der Straße wollte Hübner drei Mark geborgt haben. In dem Augenblicke hielt Willert dem Nowak sein Taschenmesser drohend vor das Gesicht. Hübner packte das Opfer und hielt es fest, während Willert ihm das Portemonnaie mit 28 Mark und die Uhr wegnahm. Das Geld teilten sie unter einander. In diesem Falle wurde die Frage nach Straßenraub von den Geschworenen bejaht. Das Urteil lautete gegen Willert, der noch nicht achtzehn Jahre alt war, auf zwei Jahre Gefängnis und gegen Hübner auf sechs Jahre Zuchthaus und die üblichen Nebenstrafen.

Briefkasten.

G., Kattowitz. Wie Sie bereits gelesen haben werden, erschien in der letzten Sonntag-Nummer ein längerer Artikel über die oberschlesische Wahlbewegung. Es erübrigt sich daher Ihre Darstellung zur Veröffentlichung.

B. J., 49. Früher dauerte die Reichstagswahl bis 6 Uhr Abends, jetzt (also am 25. Januar) bis 7 Uhr.

R., Altwasser. Dr. Horn, Königstraße 1.

M. Die Haushaltungsbücher werden überall ausgegeben, nicht bloß in den großen Städten.

22., Peisterwitz. Wenden Sie sich an das Vormundschaftsgericht.

R. R. 2. Vom Einkommen können u. a. in Abzug gebracht werden: Schuldenzinsen, Beiträge für Kranken- und Invaliden- und Lebens-Versicherung, ferner für jedes Kind unter 14 Jahren 50 Mk.

Sch. M. Wenn Sie am 1. Januar die Miete nicht zahlten, kann Sie der Hauswirt wohl verklagen, aber er darf Ihnen nicht Türen und Fenster aushängen.

B. S., Breslau. Nach § 36 der Gesindeordnung kann das Weihnachtsgeschenk auf den Lohn angerechnet werden, wenn der Dienstvertrag im Laufe des Jahres durch die Schuld des Dienstmädchens aufgehoben wird. In Ihrem Falle ist also das Geschenk nicht zurückzugeben, aber die Anrechnung auf den Lohn ist zulässig.

14. Quittung.

Für den Reichstags-Wahlfonds gingen ein:

Bereits quittiert	2929.91	Mk.
Liste 91 durch Hampel	8.50	„
„ 97 durch Schubert	1.40	„
„ 98 durch Stania	15.85	„
„ 406 durch Cohn	5.00	„
Verband der Maurer, 2. Rate	200.00	„
Verband der Gemeindearbeiter durch Mehlein	50.00	„
Liste 834 Tischler der Waggonfabrik Mochbern	6.70	„
„ 715 Sattler von Linke	4.50	„
„ 722 durch Teuer	21.00	„
„ 497 gef. i. d. Dutfabrik Rab. u. Gutm. d. Rosner	22.70	„
Verband der Schmiede durch Penckert	25.00	„
Zusammen	3290.56	Mk.

Sammellisten sind im Parteisekretariat, Neue Graupenstraße 5, 2. Etage, und im sozialdemokratischen Wahlbureau, Nikolaistraße 27 in der „Scala" parterre rechts, zu haben.

Das Wahlkomitee für Breslau-Ost und -West.
Max Wiener, Kassierer.

34. Quittung.

Für den Stadtverordneten-Wahlfonds gingen noch ein:

Bereits quittiert	2397.61	Mk.
Liste 309, Distr. 8	3.15	„
„ 114 durch Wiche	0.50	„
„ 48, Distr. 4 durch Winkler	6.30	„
„ 67, Distr. 6 durch W.	3.50	„
Zusammen	2411.06	Mk.

Verloren Liste Nr. 249 und 277.

Das Wahlkomitee.
Max Wiener, Kassierer.

Wetterkarte des öffentlichen Wetterdienstes.

Dienstag, den 15. Januar.

	Heute früh 7 Uhr Temp.	Wind	Feuchtigk.	Temp.-Extr. Max.	Min.	Wetter
Rosenthal b. Br.	5	W 3	9	5	1	Regen
Beuthen OS.	2	NW 5	8	3	0	bedeckt
Habelschwerdt	3	W 1	3	3	2	„
Görlitz	3	W 6	7	4	2	Regen
Ostrowo	5	W 5	5	5	1	„

Aus der Geschäftswelt.

Betten sind unumgänglich notwendig, auch Bettfedern kaufen ist Vertrauenssache, daher machen wir unsere geehrten Leser auf das Bettfedern-Spezialhaus Julius Immerglück, Breslau, Reuschestraße 16/17 als reelle und billige Bezugsquelle besonders aufmerksam. Dieses renommierte Geschäft bietet sowohl bei Ausstattungen als Nachfüllungen das best Solideste, die Preise sind billig, Bedienung zuvorkommend und streng reell. Preisliste nach Auswärts gratis und franko!

Vereins-Kalender.

Breslau.

Sekretariat für Bauarbeiterschutz.
Bureau: Albrechtstraße 3. Telephon 3003.

Gewerkschaftshaus.

Dienstag, den 15. Januar:

Fassadenputzer. Abends 7½ Uhr: Mitglieder-Versammlung, Zimmer 2.

Mittwoch, den 16. Januar:

Töpfer-Verband. Abends 8 Uhr: Mitglieder-Versammlung, Zimmer 2.

Steinarbeiter-Verband. Zahlstelle I. Abends 6½ Uhr: Mitglieder-Versammlung. Zimmer 3 u. 4.

Arbeiter-Radfahrer-Verein „Freiheit". Jeden Mittwoch: Vereinsabend.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Mitglieder-Versammlung im großen Saale.

Donnerstag, den 17. Januar:

Tapezierer-Verband. Abends 8 Uhr: Mitglieder-Versammlung. Neuwahl des Vorstandes. Zimmer 3 u. 4.

Sonnabend, den 19. Januar:

Tapezierer-Krankenkasse (Hamburg). Zahlabend und Aufnahme. Parterre links.

Zimmerer. Jeden Sonnabend: Zahlabend.

Montag, den 21. Januar:

Zentralverband der Schuhmacher. Abends 8 Uhr: Mitglieder-Versammlung. Neuwahl der Ortsverwaltung. Zimmer 3.

Mitteilungen der Distrikts- und Bezirksführer des Sozialdemokratischen Vereins:

Distrikt 4 (Nikolaitor).

Freitag, den 18. Januar, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft der Bezirksführer und Stellvertreter. Der Distriktsführer.

Bezirke 2, 3, 4. Donnerstag, den 17. Januar, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft der Mitglieder.

Bezirke 5 und 6. Mittwoch, den 16. Januar: Besprechung. Es ist Pflicht sämtlicher Mitglieder, zu erscheinen.

Distrikt 6 (Nikolaitor).

Bezirke 5, 6, 16, 19, 20. Mittwoch, den 16. Januar, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft der Mitglieder im bekannten Lokal.

Bezirke 7, 8, 9 (Hildebrandstraße). Mittwoch, den 16ten Januar, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft der Mitglieder im Lokale G.

Bezirke 12 und 14 (Posenerstraße 1–45 und 2–42). Mittwoch, den 16. Januar: Zusammenkunft und Zahlabend.

Bezirke 10, 11, 13, 18. Mittwoch, den 16. Januar, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft der Mitglieder bei Schmidt, Schulzenwiese 14.

Distrikt 7 (Nikolaitor).

Bezirke 3 und 4. Sonntag, den 20. Januar, Vormittags 10 Uhr: Zusammenkunft und Zahltag im bekannten Lokal.

Bezirke 8, 12 u. 15. Dienstag, den 15. Januar, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft. Teilung des Bezirks 12.

Bezirke 13, 17, 18. Mittwoch, den 16. Januar, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft und Zahlabend. Ausgabe der Mitgliederbücher.

Distrikte 12 u. 13 (Scheitnig).

Sonntag, früh 7 Uhr: Flugblatt-Verbreitung von Scholz' Erben aus. Kein Scheitniger Genosse darf fehlen.

Distrikt 13 (Scheitnig).

Donnerstag, den 17. Januar, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft bei Scholz' Erben. Wahl des Distriktsführers und Abrechnung.

Land-Distrikt 7.

Mittwoch, den 16. Januar, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft bei Winkler, Kl.-Tschansch.

Sonntag, den 20. Januar: Flugblattverbreitung. Treffpunkt: Morgens 6½ Uhr bei Winkler, Kl.-Tschansch.

Oswitz. Volksversammlung Mittwoch, den 16. Januar, Abends 8 Uhr, bei Elsner, Gerichtskretscham. Die bevorstehende Reichstagswahl. Referent ist der Kandidat des Kreises, Genosse Oskar Schütz. Gegner sind eingeladen. Arbeiter, bringt Eure Frauen mit. Der Einberufer.

Ohlau. Volksversammlung Mittwoch, den 16. Januar, Abends 8 Uhr, in der „Stadt Oels" bei Schmidt. Die bevorstehende Reichstagswahl. Referent: Reichstagsabgeordnete: Eduard Bernstein. Gegner sind eingeladen. Arbeiter, bringt Eure Frauen mit. Der Einberufer.

Strehlen. Volksversammlung Dienstag, den 15. Januar, Abends 8 Uhr bei Herzen. Die bevorstehende Reichstagswahl. Referent: Reichstagsabgeordneter Eduard Bernstein. Gegner sind besonders eingeladen. Männer, bringt Eure Frauen mit. Der Einberufer.

Pinnenau. Oeffentliche Versammlung Sonntag, den 20. Januar, Abends 7 Uhr im Saale zum Weißen Roß. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Gauleiter Otto Fritsch aus Liegnitz über: Die Volksabrechnung am 25. Januar. 2. Freie Diskussion. Entree: Männer 10, Frauen 5 Pfg.

Blumenau. Oeffentliche Versammlung Dienstag, den 22. Januar, Abends 7½ Uhr im Saale zum Weißen Roß. Tagesordnung: 1. Vortrag der Frau Genossin Bertha Lungwitz aus Berlin über: Die Stellung der Frauen im gewerblichen Leben und warum müssen wir uns organisieren? 2. Freie Diskussion. Entree: Frauen 5, Männer 10 Pfg.

Cunnersdorf-Hirschberg. Oeffentliche Wähler-Versammlung Donnerstag, den 17. Januar, Abends 8 Uhr, in der „Andreasschenke". Referent: Der bisherige Reichstagsabgeordnete Eduard Bernstein-Berlin.

Kattowitz. Metallarbeiter-Verband. Donnerstag, den 17. Januar, Abends 6½ Uhr: Versammlung im Gewerkschaftslokale, Rathausstr. 12.

Verantwortlicher Redakteur: **Robert Albert.** — Redaktion und Expedition: Neue Graupenstr. 5/6. — Verlag von Oskar Schütz. — Druck von Th. Schatzky G. m. b. H. — sämtlich in Breslau.
Hierzu 1 Beilage.

Todes-Anzeige.

Am 11. d. M. ging freiwillig in den Tod unser Verbandskollege

Gustav Fremberg

im Alter von 37 Jahren.

Nahrungskummer war das Motiv zum Ausscheiden aus dem Leben.

Ein ehrendes Andenken bewahren ihm

Die Mitglieder des Verbandes der baugewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands (Zweigverein Breslau)

Beerdigung: Dienstag, den 15. d. M., vormittags 10 Uhr, von der Leichenhalle zu Gräbschen. 223

Am 12. d. M. verschied plötzlich unser Arbeitskollege

Karl Leib

im Alter von 38 Jahren.

Sein Andenken werden stets in Ehren halten

Die Kollegen der Breslauer Metall-Giesserei.

Beerdigung: Mittwoch, den 16. d. M., nachm. 2½ Uhr von der Leichenhalle des St. Salvator-Friedhofes. 216

Danksagung.

Für die vielen Beweise der Teilnahme, die mir bei dem Hinscheiden meines lieben, guten Mannes und Vaters, des Arbeiters

Max Schmidt

zuteil geworden sind, sage ich allen Verwandten, Freunden und Bekannten, insbesondere Herrn Pastor Speisinger für seine trostreichen Worte am Grabe sowie den Herren Vorgesetzten u. Mitarbeitern meinen herzlichsten Dank.

Breslau, 11. Januar 1907.

Die tieftrauernde Witwe
Anna Schmidt, geb. Kanter, nebst 2 Kindern. 225

Liebich's Etabl.

Das brillante Januar-Programm.

Anfang 7½ Uhr.

Victoria-Theater
(Simmenauer Garten).

Breslau auf Stelzen.

Neues Programm.
Anfang 7½ Uhr.
Bons wochentags giltig.

Danksagung.

Für die liebevolle Beweise inniger Anteilnahme, welche mir in so reichlichem Masse bei dem Hinscheiden meiner lieben Frau zuteil geworden sind, spreche ich allen Freunden und Bekannten, sowie dem gesamten Personal der Buchdruckerei Th. Schatzky G. m. b. H. auf diesem Wege meinen herzlichsten Dank aus. 224

Paul Jäger.

Bettfedern und fertige Betten.

Reell! Billig!

Erste Brautausstattung. Tausende zufriedene Kunden. **Julius Immerglück** Bresl., Reuschestr. 16 17.

Stadt-Theater.

„Tannhäuser".
„Don Pasquale".
„Die Puppenfee".
„Wilhelm Tell".

Lobe-Theater.

„Zaubermeister".
„Die lustige Witwe".
„Die lustige Witwe".

Volks-Vorstellung im Thalia-Theater.

„Der verlorene Sohn".
„Das Lebensretter".

Breslauer Schauspielhaus

„Louise".
„1001 Nacht".
„London".

Möbel

Anzahlung Nebensache!

Komplette Schlaf-, ganze Einrichtungen auf bequeme Teilzahlung.

Anzüge. Ueberzieher.

Max Biermann,
Ring 51, erste Etage neben der Duckgasse.

Filiale: Waldenburg i. Schl. 218

M. Grau Nchf. — M. Grau Nchf.

Auf Kredit

Albrechtsstr. 39, I. — Albrechtsstr. 39, I.

Möbel

Schränke, Betten, Diwan, Kinderwagen.

Konfektion

für Herren und Damen zu billigen Preisen.

Kleinste Anzahlung.
Bequemste Abzahlung.

M. Grau Nachf.
nur Albrechtsstr. 39, I.
Eingang Altbüsserstr.

Liegnitz. 221

Volks-Versammlung

Freitag, den 18. Januar, abends 8 Uhr.

Referent: Genosse Ed. Bernstein aus Berlin.

Liegnitz. 221

Volks-Versammlung

Sonntag, den 20. Januar, nachmittags 3 Uhr.

Referentin: Frau Ihrer aus Nieder-Schönhausen bei Berlin.

Vor allen Dingen sind zu dieser Versammlung die Arbeiterfrauen eingeladen.

Zirkus-Busch-Gebäude
Luisenplatz 5.

Kassenöffnung 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.

The Royal Bio Co.

Eröffnungs-Vorstellung

am Donnerstag, den 17. Januar
sowie täglich abends 8 Uhr Grosse Vorstellung.

25 Nummern im Programm 25

Belagerung und Kapitulation von Port Arthur.

Die Direktion garantiert für die Echtheit der Aufnahmen.

Reise in Italien.

Karneval in Venedig.

Schweizerisches Winzerfest in Vevey.
Der entlassene Sträfling.

Sonnabend, Sonntag und Mittwoch,
nachmittags 4 Uhr: 223

Familien-Vorstellungen.

Kinder zahlen zu diesen Vorstellungen auf allen Plätzen
halbe Preise.

Dauer jeder Vorstellung 2½ Stunden.

Jeden Sonnabend abend

Große Gala-Vorstellung

Preise der Plätze: [illegible]

Karten-Vorverkauf ... Gustav Adolf Schlich, ... Tietz ... [illegible]

Das Zirkusgebäude ist ... geheizt. Nach Schluss jeder Vorstellung Straßenbahnverbindung nach allen Richtungen.

Voranzeige! Voranzeige!

Arbeiter-Radfahrer-Verein Breslau.

Sonnabend, den 16. Februar:

Grosser Maskenball

in den Lokalen im Wappenhof in Morgenau.

Programme im Vorverkauf: Herren 60 Pfg., Damen 40 Pfg.

Programme sind zu haben bei den Abteilungsführern Adolf Wittwer, Brunnenstraße 17, Robert Wagner, Hildebrandstraße 26, Julius Hübner, Lehmgasse 12a, Wirsig, Bohrauerstraße 7 (Gartenstadt); in sämtlichen Abteilungsabenden beim Verband Josef Giesmann, Gräbschenerstraße 58, Friedrich Joachim, Hirschstraße 77, Richard Keller, Kleinstraße 24.

N.B. Sämtliche Mitglieder werden ersucht, umgehend ihre alten Mitgliedskarten von 1906 in den Abteilungen und beim Verband im Gewerkschaftshause abzugeben, behufs Ausstellung der neuen für 1907 mit den neuen Bundesstatuten.

Der Vorstand.

Zigaretten-Arbeiterinnen u. Lehrmädchen

mit wöchentlicher Vergütung für dauernde Beschäftigung sofort gesucht.

Zigaretten-Fabrik Gebrüder Kalpaus,
Reuschestraße 46. 128

Wilhelm Langner, Zigarren-Fabrik
Bismarckstraße 38 5899
empfiehlt sein Lager selbstgefertigter Zigarren einer geneigten Beachtung.

Am Sonnabend, den 19. Januar, eröffne ich

Berliner Chaussee No. 21

dicht neben der Schmiedgerstraße eine

Fleischerei und Wurstfabrik

mit elektrischem Kraftbetrieb.

Ich werde bestrebt sein, zu möglichst billigen Preisen nur beste Ware zu liefern und bitte höfl., mich durch Ihre Kundschaft zu unterstützen.

Hochachtungsvoll
Paul Schiewek, Fleischer und Wurstmacher.

Die neueste Nummer des

„Wahren Jakob"

ist in der Expedition der „Volkswacht" zum Preise von 10 Pfg. zu haben.

Möbel Spiegel. Polsterwaren

in eigener Werkstatt ... [illegible]

Kein Abzahlungsgeschäft

[illegible]

Preise ...

Plüschgarnitur	100 Mk.
Sofa	...
... mit Umbau	...
...	45
...	75
...	30
...	36
...	6

Tapezierer, Tischler, ...

F. Pauer(?), Sandstr. 5.

Menstruations-Pulver bei Blutstockungen

sicher wirkend, unschädlich, empf.

Paul Kriegel

...straße 27 und ...straße 155.

Die Volksbühne und ihr ...

... Preis 20 Pfg. ...

Zu beziehen durch die Expedition und Kolporteure.

Beilage zu Nr. 13 der „Volkswacht".

Mittwoch, den 16. Januar 1907.

Dürfen Staatsbeamte sozialdemokratisch wählen?

Aus staatlichen Beamtenkreisen erhält die „Magdeburger Volksstimme" die folgende Zuschrift:

„Darüber, ob ein Staats- (Reichs-, Landes-) Beamter in gewissen Fällen einen Sozialdemokraten wählen darf oder nicht, gehen die Ansichten in Beamtenkreisen auseinander. Die einen bejahen sie ohne weiteres, die anderen glauben sie aus verschiedenen Gründen verneinen zu müssen. Es wäre deshalb gerade jetzt angezeigt, wenn Sie in Ihrem geschätzten Blatte die Frage öffentlich erörtern würden. Es könnte damit manchem Zweifler gedient sein."

So weit die Zuschrift. Zu ihrer Beantwortung weist die „Volksstimme" darauf hin, daß die Verfassung des Deutschen Reiches jedem Deutschen die Freiheit der politischen Ueberzeugung garantiert, und daß eine Verfolgung wegen sozialistischer Gesinnung oder gar Abstimmung gegen dieses Recht verstößt. Ganz abgesehen davon, daß die Wahl zum Reichstag eine geheime ist, jede Nachforschung nach der Abstimmung des einzelnen also dieses Prinzip verletzt, hat die Abgabe eines sozialistischen Stimmzettels durch Beamte so lange ohne nachteilige Folgen für sie zu bleiben, als die Sozialdemokratie nicht außerhalb des Gesetzes gestellt und die Zugehörigkeit zu ihr an sich nicht strafbar ist. Das ist aber seit dem Sturze des Sozialistengesetzes nicht mehr der Fall.

Ist so die sozialistische Stimmabgabe durch Beamte schon formell rechtlich unanfechtbar, so erst recht vom moralischen Standpunkt. In einer vor kurzem erschienenen Schrift „Gleiches Wahlrecht, billige Nahrung" schreibt ein badischer Liberaler (vermutlich Herr Staats-Anwalt Gageur-Freiburg) über die Wertung der Sozialdemokratie als politische Partei:

„Jene haben unverantwortlich sich am deutschen Volke versündigt, die ihre eigenen Gefühle als allein gültig, die Bestrebungen und Ansichten des Gegners als unpatriotisch darstellen. Nur der Rechtsbruch und die bewußte Handlung gegen das Wohl der gesamten deutschen Nation, wie man es zu erkennen glaubt, ist verwerflich. Unsittlich ist die Bezeichnung Reichsfeind, weil nur eine gemeine Seele in geistiger Meinungsverschiedenheit sittliche Minderwertigkeit finden kann; lächerlich wird sie, wenn sie Millionen Deutscher trifft. Die Vaterlandsliebe ist in allen persönlich anständigen Volksgenossen selbstverständlich. Darum müssen wir uns endlich daran gewöhnen, jedes auf gesetzlichem Wege angestrebte Ziel als zulässig anzuerkennen, möge es innerhalb unserer Verfassung liegen oder ihre Abänderung voraussetzen. Darum müssen wir einen (die Monarchisten und Anhänger des kapitalistischen Privateigentums) .... die Meinung jener anderen für sittlich berechtigt, wenn auch verstandesmäßig falsch und politisch gefährlich erklären, deren Herz am Traum der sozialistischen Republik, der alles Elend heilenden Vergesellschaftlichung der Produktionsmittel hängt. Nur diese politische Nächstenliebe gibt uns Weitblick, Kraft und Einheit nach außen."

Hier erklärt also ein hoher Staatsbeamter die Bestrebungen der Sozialdemokratie und damit auch ihre Unterstützung am Wahltag nicht nur für zulässig, sondern sogar für sittlich berechtigt. Und was im allgemeinen sittlich berechtigt ist, das ist es natürlich auch für Beamte. Die Frage, ob ein Staatsbeamter bei der bevorstehenden Reichstagswahl, und sei es schon im ersten Wahlgange, sozialdemokratisch wählen darf, wird also selbst von einem Beamten — dazu von einem staatsrechtlich hochgebildeten und politisch äußerst erfahrenen Mann — rundweg mit **Ja!** beantwortet.

Zur Abrechnung mit den Volksfeinden am 25. Januar.

(Material zur Reichstagswahl.)

Der Prämienschwindel.

Um die weltpolitische Milliarden-Vergeudung „wissenschaftlich zu rechtfertigen", haben dienstbeflissene preußische Flottengelehrte die bekannte Prämien-Theorie erfunden. Man berechnet die Kosten des Militarismus und Marinismus auf den Kopf der Bevölkerung, stellt dieser Ziffer eine mehr oder minder willkürlich gegriffene Ziffer des Durchschnittseinkommens gegenüber, und erkennt sodann staunend, daß der Deutsche nur so und so viel Prozent seines Einkommens drangeben müsse, um durch diese „Versicherungs-Prämie" seine ganze Existenz zu sichern, gleichwie der Hauseigentümer sich mit geringen Summen jährlich gegen Brandschaden versichert hält.

Eine nationalliberale Wahlbroschüre, die demnächst von der Buchhandlung der nationalliberalen Partei ausgegeben werden soll, unternimmt es nun, diese Prämien-Theorie sogar auch auf die Kolonial-Politik anzuwenden. „Die Erwerbskosten der Kolonien," heißt es hier, „sind ebenso wie die Kosten für den Ausbau der Flotte, die Prämie, gegen deren Zahlung uns der Weltmarkt seine Vorteile bietet". Man müsse Kolonien erwerben, „um in der Welt jenen Respekt zu genießen, der sich am Weltmarkt in geschäftliche Geltung umwertet." (?) Der deutsche Außenhandel betrug im Jahre 1885 5,8 Milliarden, im Jahre 19[illegible] aber 12,9 Milliarden; also hat Deutschland an den Kolonien „ein glänzendes Geschäft" gemacht.

Seit zwanzig Jahren hat sich die Bevölkerung fast aller zivilisierter Staaten sehr stark vermehrt. Industrie und Handel haben sich kapitalistisch entwickelt, der Warenaustausch zwischen den Nationen hat einen starken Aufschwung genommen, an dem auch Deutschland stark beteiligt war. Unsere Patrioten haben sonst versichert, dieser Aufschwung sei zurückzuführen auf die Vorzüge und Tugenden der „germanischen Edelrasse", ihren Fleiß, ihre Intelligenz, ihre Sparsamkeit, ihre Tüchtigkeit. Dagegen versichert die nationalliberale Wahlbroschüre, der deutsche Außenhandel habe um sieben Milliarden zugenommen, weil in Kubub in Südwestafrika ein schwarz-weiß-rot gestreiftes Schilderhaus steht. In England, Frankreich, Amerika, Indien werden dem deutschen Kaufmann seine Waren abgekauft, nicht etwa, weil sie gut und preiswert sind, sondern, weil sich das deutsche Reich durch seine geniale Kolonialpolitik „jenen Respekt in der Welt" erworben hat, „der sich am Weltmarkt in geschäftliche Geltung umsetzt". Nicht die geschäftliche Tüchtigkeit verschafft nach dieser Theorie Respekt, sondern der Respekt vor dem militärischen [illegible] verschafft „geschäftliche Geltung". Und willst Du nicht mein Kunde sein, so schlag' ich Dir den Schädel ein. Würde der deutsche Handlungsreisende im Auslande statt die Güte seiner Musterkollektion anzupreisen, „geschäftliche Geltung" durch Drohung auf die deutsche Weltpolitik zu erlangen suchen, so würde er keine Beine mehr brauchen, um über die Treppe hinunterzukommen.

Im übrigen enthält die nationalliberale Wahlbroschüre, die sich „Kolonialpolitik, nicht Kolonialskandale und Nebenregierung!" betitelt, kaum viel Erwähnenswertes. Es wird zugegeben, daß in den Kolonien „manches gefehlt worden" ist, womit aber zunächst nicht die Kolonialkorruption und Kolonialbestialität, sondern die zu große „Milde und Vertrauensseligkeit" des Obersten v. Leutwein gegenüber den Hereros gemeint ist. Die parlamentarische Kritik, die an den Vorgängen in den Kolonien geübt wurde, wird als überflüssig hingestellt, weil der liebe Gott und die Regierung ohnehin alles zum besten wenden. „Keine Regierung", heißt es dann an einer anderen Stelle, „könnte sich gefallen lassen, daß in Kriegszeiten das Parlament sich in die Angelegenheiten der Heeresleitung einmischt". Das Parlament braucht also nicht zu kritisieren und muß jeden Mann und jeden Groschen bewilligen; wer sich auf diesen Standpunkt stellt, müßte eigentlich konsequenter und ehrlicher Weise statt für die Reichstagswahl, für die Abschaffung des Reichstages agitieren.

Zölle und Steuern

verteuern das

Kilo Getreide um	5 bezw. 5½	Pf.
„ Mehl um	7	„
„ Brot um	7	„
„ Salz um	12	„
„ Zucker um	14	„
„ Kaffee um	40	„
„ Reis um	6	„
1 Liter Bier um	1—2	„
1 „ Branntwein um	23	„
1 Hering um	½—1	„

Aus diesen Pfennigen, die jede kaufende Frau im Augenblick des Kaufes zahlt, um die also die notwendigsten Lebens- und Genußmittel verteuert werden, sammelt die Reichskasse

aus Zöllen überhaupt	580	Mill. Mk.
(davon aus Getreide und Hülsenfrüchten) ca.	200	„ „
Salzsteuer	54	„ „
Zuckersteuer	136	„ „
Branntweinsteuer	117	„ „
Biersteuer	52	„ „
Champagnersteuer	5(!)	„ „

Der Zoll auf Petroleum, das Beleuchtungsmaterial des armen Mannes, bringt zirka 75 Millionen Mark, ungefähr ebenso viel der Zoll auf Kaffee.

Und wer hat diese Zölle und indirekten Steuern geschaffen?

Die Gegner der Sozialdemokratie!

Und wer verlangt anstatt ihrer direkte Reichseinkommensteuer?

Die Sozialdemokratie!

Die Sozialdemokratie steht auf dem Standpunkte:

Es sollen sich alle satt essen können!

Darum hohe Löhne und billige Lebensmittel, aber recht niedrige Kapitalprofite!

Allerhand „politische Brunnenvergiftung.

Weder im Lager des Kaffernkartells, noch in dem seines bürgerlichen Gegners, des Zentrums, ist die Einigkeit und Geschlossenheit des Aufmarsches so groß, als es die kommandierenden Generäle von hüben und drüben wünschen mögen. Seit Wochen dauert schon der Streit zwischen den Konservativen und den Nationalliberalen um die Besetzung zahlreicher Wahlkreise, und trotz aller offiziösen Beschwichtigungs-Versuche haben sich die Gegensätze so weit zugespitzt, daß der Vorstand der konservativen Partei in einem scharfen Aufruf den Nationalliberalen den Fehdehandschuh hinwirft. Unter der Parole „für Ehre und Gut der Nation" erklärt der konservative Parteivorstand, daß „Ehre und Gut der Nation" eben nirgends so gut aufgehoben wären, wie im engeren Familienkreise, derer um Kröcher und Oldenburg, und es fehlt nicht viel, daß auch die Nationalliberalen Mannesseelen als vaterlandslose Gesellen und Reichsfeinde an den Schandpfahl der „Kreuzzeitung" geschlagen würden. Auf der anderen Seite wirft der Aufruf des konservativen Parteivorstandes aber den Nationalliberalen genau dasselbe vor, was er an ihnen übt, denn er erklärt:

„Den Wählern wird (von den Nationalliberalen) vorgeredet, die wirtschaftlichen und sonstigen trennenden politischen Fragen müßten jetzt, wo es sich um die Verteidigung gefährdeter nationaler Interessen handelt, völlig zurücktreten; als ob ein liberaler Mann allein national zuverlässig, ein konservativer dagegen verdächtig sei. Diesen Versuchen politischer Brunnenvergiftung und bedauerlichen Betätigens ungesunder parteiegoistischer Interessen durch die Liberalen kann nicht scharf genug begegnet werden."

Ein paar Zeilen weiter unten aber heißt es:

„Wir (die Konservativen) können uns von einem auf Erhaltung unseres Besitzstandes gerichteten gesunden Parteiegoismus nicht abbringen lassen, wenn wir nicht einen wesentlichen Teil der Zeche des Wahlkampfes bezahlen sollen."

Man weiß nunmehr also ganz genau — und die liberalen Landsknechte der Junker werden sich darnach zu halten haben — daß es nur einen gesunden Parteiegoismus gibt, nämlich eben den der Junker, während jeder andere Parteiegoismus, vom sozialdemokratischen angefangen, bis hinauf zum blockliberalen, ungesund und unerlaubt ist. Fürst Bülow hat einmal im preußischen Landtag erklärt: „Die Sozialdemokratie ist keine berechtigte Partei". Die einzig „berechtigte" Partei in Preußen-Deutschland ist die der Junker.

Für die streitenden Brüder des Kaffern-Kartells ist es ein geringer Trost, daß es an „politischen Brunnenvergiftungen" auch im anderen Lager nicht fehlt. Seit geraumer Zeit zeigen sich die Organe der Regierung öffentlich, und sicher noch mehr insgeheim, bemüht, dem Zentrum eine Opposition im eigenen Lager auf den Hals zu hetzen, und der Erfolg dieser Bemühungen kristallisiert sich in einem Aufruf von vierzig katholischen Adligen, Großindustriellen, Gutsbesitzern und Doktoren, der sich mit großer Schärfe gegen die Haltung des Zentrums wendet. In diesem Aufruf heißt es:

„Als Katholiken müssen wir tief beklagen, daß die Leitung des Zentrums sowohl bei der letzten Abstimmung im deutschen Reichstag, wie beim gegenwärtigen Wahlkampfe eine Haltung eingenommen hat, welche das patriotische und monarchische Empfinden weiter Kreise schwer verletzt. Dieselbe steht in direktem Widerspruch zu den Grundsätzen, welche bei der Gründung des Zentrums und im Kampfe desselben für die Rechte und Freiheiten der Kirche als maßgebend anerkannt worden sind. Die Grundsätze geben den Angehörigen der Partei, alle Freiheit der Entschließung und Abstimmung in allen nationalen und wirtschaftlichen Fragen. Wenn jetzt Führer des Zentrums von ihren Wählern und Abgeordneten die unbedingte Heeresfolge auch dort verlangen, wo kirchliche Interessen weder bedroht noch berührt erscheinen, dann fühlen wir uns als Katholiken und Vaterlandsfreunde verpflichtet, gegen dieses Verfahren entschieden Verwahrung einzulegen. Von diesem Standpunkt aus bitten wir unsere Gesinnungsgenossen in Stadt und Land, am 25. Januar nur solchen Kandidaten ihre Stimme zu geben, deren Gesinnung und politische Vergangenheit die Bürgschaft gibt, daß sie unbeirrt durch kleinliche Parteiinteressen für des Reiches Ansehen und Macht, für die Erhaltung und Sicherung seines kolonialen Besitzes in gleicher Weise, wie für die Wahrung des konfessionellen Friedens eintreten werden."

Hier wird also das Zentrum von katholischen Würdenträgern und Aristokraten mit denselben Waffen bekämpft, mit denen sich Konservative und Nationalliberale unter einander bekämpfen. Ueber das Zentrum als den Reichsfeind wird der große Bann ausgesprochen, und „ungesunder Parteiegoismus" ist das Verbrechen, für das es büßen soll. Hinzugefügt werden muß allerdings, daß die Zentrumspresse — und es wird sich bald zeigen, ob mit Recht — diese hyperkatholischen Zentrums-Protestanten nicht recht ernst nehmen will.

Freisinnsmänner als Schützlinge der Kraut- und Schlotjunker.

In Dessau-Zerbst kandidiert ebenfalls als Erkorener der Brot- und Fleischwucherer der freisinnige ehemalige Abgeordnete Schrader. Er verspricht, nicht nur die Interessen der Arbeiter und Gewerbetreibenden, sondern auch der Agrarier und Fabrikanten zu vertreten. Mehr kann man nicht verlangen. Bei der letzten Wahl bezeichneten die Liberalen in einem Flugblatt den konservativen Kandidaten als den Vertreter der einseitigsten und brutalsten agrarischen Interessenpolitik, die sich nicht scheut, zu Gunsten weniger Großgrund- und Rittergutsbesitzer der großen Masse der Bevölkerung, vor allem den Armen und Aermsten, das tägliche Brot und alle Lebensmittel zu verteuern. Heute geht Herr Schrader und seine Freunde Arm in Arm mit diesen Leuten. — Der Posener Aufruf, unterzeichnet vom Bunde der Landwirte, vom konservativen Zentralverein, vom Ostmarkenverein, vom Verband der deutschen Katholiken und von den — freisinnigen Bezirksverbänden für Posen und Bromberg, fordert auf, in deutscher Treue gegen Polen und Sozialdemokraten anzumarschieren, um am 25. Januar deutsche Wahlsiege zu erringen.

Gegen das allgemeine Wahlrecht.

Die deutsche Tageszeitung des Bundes der Landwirte hetzt jetzt jeden Tag gegen das allgemeine Wahlrecht. Daß in Leipzig angeblich eine Versammlung des Kaffernkartells durch Parteigenossen gesprengt worden sein soll, empfindet das Organ, das gelegentlich gegen die Nichtagrarier den Dreschflegel [illegible], als eine Vernichtung der Versammlungsfreiheit. Daraus schließt aber die deutsche Tageszeitung nicht etwa, daß die Versammlungsfreiheit geschützt werden müsse, sondern im Gegenteil, daß sie beseitigt werden müsse, und das ganze Reichstagswahlrecht obendrein, weil durch den Leipziger Vorgang schlagend und unwiderleglich bewiesen wäre, daß unser Volk für das allgemeine Wahlrecht und für die Teilnahme an der Politik noch nicht reif sei.

Das ist die nationale Gesinnung der Brot- und Fleischwucherer. Das Vieh ist nur im Inlande gut und tugendhaft, der Mensch aber in Deutschland ist im Gegensatz zu dem Ausländer ebenso minderwertig wie das ausländische Vieh im Gegensatz zum inländischen.

Der Freisinn aber unterstützt die Feinde des Wahlrechts!

Kleine Nachrichten.

Auch der Humor kommt in dieser ernsten Zeit erfreulicherweise noch zur Geltung. In Widdern haben bei einer Zusammenkunft 14 Familienväter, die in dem glücklichen Besitz von 100 lebenden Kindern sind, beschlossen, nur demjenigen Reichstagskandidaten ihre Stimme zu geben, der dem Beispiel Frankreichs folgend, dafür eintritt, daß jedem deutschen, reich mit Kindern gesegneten Familienvater eine Prämie zugesichert wird.

Partei-Angelegenheiten.

Ein fruchtbares Jahr für die Sozialdemokratie in Dänemark. Die dänische Sozialdemokratie trat das verflossene Jahr, ein Jahr der Wahlbewegungen, mit der Hoffnung auf gute Erfolge an. Diese Hoffnung aber ist durch das, was erreicht wurde, um ein gut Teil übertroffen. Die Folketingswahlen im Mai brachten eine Vermehrung der Mandate von 16 auf 24, eine Steigerung der Stimmzettel gegen die des Jahres 1903 von 57.578 auf 76,612. In das Landsting wurden im September statt des einen Vertreters der Partei vier Sozialdemokraten gewählt. Bei den städtischen Gemeinderatswahlen der allgemeinen Wählerklasse siegte die Sozialdemokratie ganz oder teilweise in 30 Städten und gewann von den zirka 400 Mandaten, die zur Wahl standen, 175. Ebenso günstig liefen die Wahlen zu den kommunalen Steuerkommissionen und den „Armenkassen". — Von den 42 Gemeindevertretern der Hauptstadt sind nun 17 Sozialdemokraten und sie bilden dort die stärkste Fraktion. — Die Kirchspielratswahlen, d. h. die Wahlen zu den ländlichen Gemeinde-Vertretungen, brachten der Sozialdemokratie zirka 200 Mandate in 60 verschiedenen Kirchspielen. Im ganzen hat die Partei nun zirka 400 Kirchspielratsmitglieder in 160 verschiedenen Kirchspielen.

Am Schluße des vorigen Jahrhunderts hatte die Partei etwa 100 Vertreter in kommunalen Vertrauensämtern. Ihre Zahl ist jetzt auf ungefähr 1500 angewachsen.

Die sozialdemokratische Tagespresse Dänemarks erscheint jetzt in über 100,000 Exemplaren. Das Hauptorgan „Social-Demokraten" gewann im Laufe des verflossenen Jahres 10,000 neue Abonnenten und erscheint jetzt in über 52000 Exemplaren.

Die erste sozialistische Tageszeitung in englischer Sprache in Amerika. Wir konnten vor kurzem die erfreuliche Mitteilung machen, daß in Chicago unter dem Namen „Chicago Daily Socialist" die erste Tageszeitung in englischer Sprache in den Vereinigten Staaten erschienen ist. In der letzten Nummer der „Chicago Socialist Review" werden über die Gründung und die Entwickelung dieses Blattes sehr interessante Mitteilungen gemacht: Dieses Blatt, so erzählt der Genosse Simons, war zunächst gedacht als eine Art täglich erscheinendes Wahlflugblatt, das 11 Tage vor den Wahlen sein Erscheinen beginnen und mit der Beendigung der Wahlen einstellen sollte. Man hatte [illegible] mit 10000 Abonnenten gerechnet. Schon in den ersten Tagen der [illegible] aus allen Teilen des Landes [illegible] Bestellungen ein, [illegible] der Post [illegible] werden [illegible] technischen Einrichtungen [illegible] den Anforderungen gerecht zu werden. Von überall her kam die Aufforderung, begleitet von erheblichen Geldspenden, das Blatt [illegible]

ständig erscheinen zu lassen. Für den redaktionellen Teil bemühten sich eine Reihe der bekanntesten Journalisten und Schriftsteller; wochenlang wurde die Redaktion mit literarischen Beiträgen förmlich überschwemmt, man drängte sich, in dem sozialistischen Blatte seine Gedanken und Ansichten zum Ausdruck zu bringen. All dies veranlaßte die Chicagoer Genossen, ihren früheren Plan aufzugeben und das Blatt zu einem ständigen Tageblatt zu machen.

Preßsünder. Wegen Beleidigung des Redakteurs Dr. Lechau vom „Zittauer Amtsblatt" wurde unser Genosse, der frühere Abgeordnete, jetzige Reichstagskandidat für den ersten sächsischen Wahlkreis Zittau-Ostritz, **Sigmund Fischer**, zu acht Wochen Gefängnis verurteilt.

Damit hofft man die ramponierte Ehre des angeblich Beleidigten repariert zu haben.

Arbeiterbewegung.

Die Aussperrung der Holzarbeiter in Groß-Berlin hat, soweit sich bis jetzt überblicken läßt, einen erheblichen Umfang angenommen. Bis gestern Mittag waren ca. 15,000 Arbeiter ausgesperrt. — Im Bureau der Arbeitnehmer im Gewerkschaftshause ging es am gestrigen Vormittage sehr lebhaft zu. Hunderte von Vertrauensleuten erstatteten dort Bericht über den Umfang der Aussperrung.

Der Kongreß der englischen Arbeiterpartei wird vom 24.–26. Januar in Belfast stattfinden. Die Arbeiterpartei setzt sich bekanntlich zusammen aus der Mehrzahl der Trade-Unions, sowie der Unabhängigen Arbeiterpartei und der Fabier-Gesellschaft. Einer der wichtigsten Punkte auf der Tagesordnung dürfte ein Antrag auf Erhöhung der Beitragsquote sein. Jetzt zahlen die angeschlossenen Verbände pro Mitglied und Jahr 1 Penny (8 Pf.), womit ca. 80,000 Mk. zusammenkommen. Aus diesem Fonds müssen aber die Abgeordneten der Arbeiterpartei entschädigt werden, die in England die Parlamentarier-Diäten nicht erhalten. Der einzelne Abgeordnete erhält 4000 Mk. Nach den letzten Wahlen genügt dieser Fonds bei weitem nicht mehr und es liegt der Antrag vor, den Beitrag auf 2 Pence zu erhöhen. Wird dieser Antrag angenommen und das scheint ziemlich sicher, so würde noch eine genügende Summe übrig bleiben, um einem weiteren Antrage, der die Anstellung eines Organisators für die Partei vorsieht, stattgeben zu können. — Seit einiger Zeit schweben auch wieder Unterhandlungen, um die, der Partei jetzt noch fernstehenden Arbeiter-Abgeordneten (14 von den 22 sind Bergarbeiter) der Partei zuzuführen. Die schottischen Bergleute haben die Absicht, nicht länger zu warten, sondern wollen sich der Partei demnächst anschließen.

Die Gelben in Fougeres. In Fougeres hat sich eine große Anzahl der „gelben Garde" eingefunden, die sich sichtlich bemüht, die Streikenden zu provozieren, um damit die Sendung von Truppen zu veranlassen. Dieser Tage hatten sich vor der Arbeitsbörse der Gelben eine Anzahl Frauen und Kinder versammelt. Die Letzteren neckten die Streikbrecher, worauf diese zu Tätlichkeiten übergingen, was wiederum einige Frauen veranlaßte, den Gelben Bescheid zu sagen. Diese, bewaffnet mit Revolvern, Gummischläuchen und Stöcken, mißhandelten hierauf eine Anzahl der Frauen und Kinder in der schwersten Weise. Der sozialistische Abgeordnete Constans forderte die Behörden auf, die Rowdies zu verfolgen und die Gelben zu entwaffnen. Der Präfekt berief das Streikkomitee zu sich und erklärte ihnen, daß die Streikenden sich während der 2 Monate musterhaft benommen hätten und daß er auch jetzt noch nicht beabsichtige, Truppen nach Fougeres zu entsenden, obwohl die Unternehmer dies seit langem forderten. Die Behörden wollten vollständig unparteiisch bleiben, nur müsse auch das Recht auf Arbeit ebenso geschützt werden, wie das Recht des Streiks. Die Unternehmer drohen, die Fabriken bis September zu schließen, falls sich nicht genügend Arbeitswillige finden. Sie suchen im ganzen Lande durch Agenten Arbeitswillige.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 15. Januar.

Geschichtskalender.

15. Januar.

1622 Jean Baptiste Molière, Frankreichs größter Lustspieldichter, in Paris *.
1791 Der dramatische Dichter Franz Grillparzer in Wien *.
1892 Kultusminister Graf Zedlitz legt seinen Schulgesetzentwurf dem preußischen Abgeordnetenhause vor.
1906 Philo vom Walde (Lehrer Joh. Reinelt), schlesischer Volksdichter †.
1906 Der preußische Kriegsminister proklamiert das Duellrecht trotz des Strafgesetzes.

Sozialdemokratische Heerschau.

Eine so große Menge von Versammlungsteilnehmern ist in Breslau seit erdenklichen Zeiten nicht mehr zu gleicher Zeit auf die Beine gebracht worden, wie zu den sozialdemokratischen Wählerversammlungen, die am gestrigen Montage stattgefunden haben. Acht Versammlungslokale waren das Ziel der Wählermassen, und alle acht waren überfüllt und mußten zum guten Teil bereits lange vor der festgesetzten Zeit polizeilich abgesperrt werden, sodaß viele Hunderte von einem Versammlungslokale zum anderen eilten, suchend, wo sie wohl noch Unterkunft finden könnten. Alle Versammlungen verliefen in überaus angeregter Stimmung und in musterhafter Ruhe; die Gegner aber wagten es nicht, auch nur in einer der Versammlungen das Wort zu nehmen. Im einzelnen ist über die Versammlungen folgendes zu berichten:

Im Bergkeller

war der weite Saal schon lange vor der festgesetzten Zeit überfüllt, so daß er polizeilich abgesperrt wurde. Hunderte, die im strömenden Regen herbeigeeilt waren, mußten umkehren. Das Referat hatte hier der Kandidat des Westkreises, Genosse Eduard **Bernstein**, übernommen, der bei seinem Eintritt in den Saal von stürmischem Jubel empfangen wurde. Er ging zunächst auf das bürgerliche Wahlkompromiß in Breslau ein. In diesem Kompromiß drückt sich am besten die politische Situation und das wahre Kampfobjekt aus. Scheinbar hat sich die Regierung gegen das Zentrum erklärt, in Wirklichkeit handelt es sich um einen Kampf wider die Demokratie in Deutschland und die Regierung wandte sich ja auch nur gegen das Zentrum, weil es ein klein wenig in seine demokratische Vergangenheit zurückgefallen war. Nun empfiehlt das Zentrum in Breslau die Wahl des Aristokraten Hatzfeld gegenüber dem Mann aus dem Volke. Wer ist **Franz Tutzauer**? Wir kennen ihn seit Jahrzehnten als eifrigen und bewährten Mitkämpfer. Aber nicht nur als Kämpfer für unsere Sache ist er altbewährt, sondern auch als Parlamentarier. Tutzauer gehörte zu den fleißigsten Mitgliedern des Reichstages. Er war das fleißigste Mitglied der Petitionskommission, das man sich denken kann und diese Kommission ist die nützlichste des Parlaments. (Großer Beifall.) Ehrliche, solide und notwendige Arbeit ist es, die Tutzauer dort geleistet hat. Ferner war er Mitglied der Rechnungskommission. Die Arbeiten in den Kommissionen glänzen nicht nach außen, aber sie müssen gemacht werden. Und diesen goldtreuen Mann, der sich der undankbarsten Arbeiten im Parlament annahm, fordert nun auch das Zentrum auf, aus dem Reichstage hinaus und dafür den Aristokraten hineinzuwählen. Damit verrät das Zentrum ebenfalls seinen letzten Funken von Demokratie; die katholischen Arbeiter werden dieser Parole **nicht** folgen, sie werden wählen, wie es ihrem **Klasseninteresse** entspricht. (Beifall.)

Im Westkreise ist nun **Pfundtner** aufgestellt, politisch ein unbeschriebenes Blatt. Aber nehmen wir an, er sei ein wirklicher Liberaler, dann würden die beiden, Hatzfeld und Pfundtner bei allen wichtigen Abstimmungen im Reichstage gegen einander stimmen, ihre Stimmen gegenseitig aufheben und Breslau wäre also im Reichstage durch eine Null vertreten. Ist das Auftreten des Freisinns ein Verhalten für unsere Zeit? Nein, dieses Kompromiß verurteilt sich von vornherein durch seine Charakterlosigkeit. Eine Volkspartei geht lieber ehrlich zu Grunde, als daß sie solche Pfade betritt. Redner geht dann noch ausführlich auf unsere ganze innere und äußere Politik ein und schloß mit der Mahnung, am 25. Januar alles daran zu setzen, daß Breslau wie bisher im Reichstage sozialdemokratisch vertreten bleibt. Minutenlanger Beifall folgte. Da Gegner sich nicht zum Worte meldeten, wurde von einer Diskussion abgesehen. Der Vorsitzende, Genosse **Burgund**, ermahnte noch zu fleißiger Teilnahme an den Wahlarbeiten, worauf die Versammlung mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie geschlossen wurde. Aus der Versammlung heraus wurde noch ein Hoch auf den Genossen Bernstein, als Kandidaten der Partei, ausgebracht, in das die Erschienenen begeistert einstimmten.

Im Gewerkschaftshause.

Die Versammlung im Gewerkschaftshause war sehr zahlreich besucht. Es waren gegen 1400 Personen anwesend, die Saal und Galerien dicht besetzt hielten. Genosse **Widera**, der die Leitung der Versammlung übernommen hatte, machte in seinen einleitenden Worten Mitteilung von der Erkrankung unseres Kandidaten für den Ostkreis, Genossen **Tutzauer**. An seiner Stelle hatte Genosse Dr. **Groß-Berlin** das Referat übernommen. Den Versammelten wurde eine Fülle politischen Aufklärungsstoffes geboten, was hier in Breslau, wo der gesamte bürgerliche Kuddelmuddel besonders sich bemüht, uns die Mandate abzujagen, von großer Wichtigkeit war. Der Referent schilderte sachlich und in großen Umrissen die politische Lage und führte den Anwesenden so recht deutlich vor Augen, wie weit sich der Liberalismus prostituiert habe, der nun durch einen Kartellvertrag mit den Reaktionären den Beweis erbracht habe, daß er keinen Heller mehr wert ist, als der ärgste Reaktionär. Es komme nun darauf an, den Reaktionären am 25. Januar zu zeigen, daß sie Volksrechte nicht niederknüppeln oder etwa beschneiden können. Die reichlich 1½stündigen Ausführungen, die oft von Beifall unterbrochen wurden, lösten zum Schluß einen Beifallssturm aus.

Eine Diskussion wurde nicht beliebt, trotz wiederholter Aufforderung und Zusicherung der Redefreiheit für etwaige Gegner. Mit der Mahnung an die Parteigenossen, am Wahltage und während der Zeit bis zur Wahl ihre Pflicht zu erfüllen und tüchtig für die Sache des Proletariats, die Arbeiterpresse und den Sozialdemokratischen Verein zu agitieren, schloß der Vorsitzende die musterhaft verlaufene Versammlung mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie.

In der Wilhelmsburg

sprach Genosse Schriftsteller **Katzenstein**-Berlin zu den Wählern, die trotz des miserablen Wetters in Scharen gekommen waren, um ihr Interesse an der bevorstehenden Wahlschlacht zu bekunden. Der große Saal, die Galerien und sonstigen Räume waren dicht gefüllt. Den Vorsitz führte Genosse Wittke. Die Reichstagswahl, vor der wir urplötzlich stehen, leitete der Vortragende seine Rede ein, sei für das deutsche Volk von eminenter Bedeutung, sie solle ja eine Entscheidung sein gegen die vaterlandslosen Gesellen, die man zu vernichten hoffte. Die Gegner rüsten sich zu schärfstem Kampf. Parteien, die sich ehedem auf das heftigste befehdeten, wie in Breslau, schließen Kompromisse gegen das schwarz-rote Kartell. Was aber auch versucht werden möge, werde an dem Bollwerk, das die Sozialdemokratie bilde, scheitern. Das eine aber müsse gesagt werden, die freisinnige Partei müsse auf die Aussicht mit Ehren zugrunde zu gehen, verzichten. Vor 20 Jahren versuchte man das deutsche Volk zu ködern, ein der Regierung willfähriges Parlament zu wählen, es wurde durch Melinitbomben in Angst gejagt und ihm vor einem neuen Kriege gruselig gemacht; damals gelang es, den Willen durchzusetzen; heut versucht man es zum zweiten Male. Die Massen sind aber aufgewacht, die Betörungskünste ziehen nicht mehr, wie raffiniert sie auch angelegt sein mögen. Redner gab alsdann in großen Zügen ein Bild von der deutschen Kolonialpolitik, beschrieb all die Greuel unter Entrüstungsrufen, die in Südwestafrika begangen worden sind, und betonte unter stürmischem Beifall, daß das deutsche Volk es ablehnt, mit den Henkersknechten gleiche Sache zu machen. Er hob hervor, daß die hunderte von Millionen, die uns Südwestafrika gekostet, besser für Kulturzwecke in der Heimat angelegt wären. Von köstlichem Humor gewürzt, ließ Redner alle die Helden, die Fürsten und Großen des Reiches, die sich als Patrioten, Vaterlandsfreunde ausgeben, Revue passieren, zeigend, daß deren Patriotismus nur einzig darin besteht, sich auf Kosten der ärmeren Bevölkerung zu bereichern, daß im Gegensatz zu ihnen die Arbeiter die wahren Vaterlandsfreunde sind, die ihr Vaterland zu einer friedlichen Wohnstätte machen wollen, die das Wohlergehen aller Menschen, nicht einzelner Gruppen, erstreben! Breslau habe einen Fürsten als Reichstagskandidat aufgestellt, obwohl hier es war, wo Kaiser Wilhelm II. das Wort fallen ließ, schlichte Arbeiter in den Reichstag zu schicken. So sähe es mit dem schlichten Manne aus. Ein Mann, der Millionen und Millionen besitzt, der solle der richtige Vertreter der arbeitenden Klasse sein. Nun, er habe die feste Hoffnung, daß Breslau sich auch in diesem Kampfe als die Hochburg der Sozialdemokratie erweisen wird, wie es sie bisher gewesen. Genosse **Tutzauer** sei der schlichte Arbeitsmann, dem die Breslauer ihr Vertrauen geschenkt, das er stets gerechtfertigt habe, die Arbeiter werden es ihm, wie dem Genossen **Bernstein**, dem schlichten Mann des Geistes, auch ferner schenken, und diesen Kandidaten zum Siege verhelfen. Auf Breslau blicke die gesamte deutsche Arbeiterschaft, Breslau sei der Vorposten für den ganzen Osten. Drum vorwärts, damit am 25. Januar die rote Fahne über Schlesiens Hauptstadt wehen möge! Anhaltender stürmischer Beifall. Genosse **Wittke** forderte die Genossen zur eifrigen Wahlarbeit auf und schloß mit einem dreifachen Hoch auf die Sozialdemokratie die Versammlung.

In den Drei Kaiser-Sälen

bei Wilde, Gräbschenerstraße, hatten sich trotz des regnerischen Wetters über 800 Personen, darunter zahlreiche Frauen, eingefunden. Den Vorstand bildeten die Genossen Bauarbeiter **Macholl**, Tischler **Drosig** und Schlosser **Kleinert**. Das Referat über die Reichstags-Wahlen und den Aufmarsch der Parteien hielt Genosse **Radlof**, der die Kolonial-, Militär- und Marine-, die Wirtschafts- und Sozialpolitik der Regierung bezw. der herrschenden Klassen Revue passieren ließ und an zahlreichen Beispielen zeigte, wie die werktätige Bevölkerung in den letzten 30 bis 40 Jahren ausgeplündert worden sei. Redner

Parteigenossen! Sammelt Geld für die Reichstagswahlen! Liefert die außenstehenden Sammellisten sofort ab. Parteigenossen!

Kunst, Wissenschaft und Technik.

Der Schriftsteller Dr. **Arthur Pierhofer**, der auch in Breslau mehrmals [illegible] ist gestern Abend [illegible] Uhr, infolge von Lungenlähmung im [illegible] Lebensjahre in einem Berliner Sanatorium gestorben. Der Kranke war sich seit einigen Tagen bereits bewußt, daß ihm sein Ende nahe bevorstehe und er nicht auf Genesung zu hoffen hätte. Dr. Pierhofer wird, einem letztwilligen Wunsche entsprechend, in aller Stille beerdigt werden.

[illegible] mit **Affenfüßen**. [illegible]

Aus aller Welt.

[illegible]

Mit 4600 Mark flüchtig. Nach Unterschlagung von [illegible] Mk. ist der Kommis [illegible] in Berlin flüchtig geworden. [illegible]

Ein [illegible] Verzeichnis. [illegible]

Strandung eines deutschen Dampfers. [illegible] „Anna Woermann" [illegible] „Hans Woermann" [illegible] „Kamerun Woermann" und „Hermine Woermann" [illegible]

Geldschrankknacker. [illegible]

[illegible]

Kleine Chronik. Nicht weniger als **sechs Selbstmorde** wurden vom Sonntag aus der **Reichshauptstadt** gemeldet. — **Selbstmord infolge einer Wette** hat nach einer Mitteilung der „Ostseezeitung" in einem Orte bei **Stettin** ein 25 jähriger Kaufmannssohn begangen, indem er sich vor den Augen seiner Freunde mit einem mit Wasser geladenen Gewehr in den Mund schoß. — Ein **Raubmordversuch** ist, wie aus **Halle a. S.** berichtet wird, heute an der Frau eines Kaufmanns in ihrer Wohnung von einem unbekannten Manne begangen worden, der sie überfiel, durch Hiebe mit einem Hammer schwer verwundete und ihres Geldes beraubte. Der Täter ist flüchtig. — **Die Schiffahrt auf der Mittelelbe** wird nach Mitteilung mehrerer Blätter aus Dresden bereits am Mittwoch wieder aufgenommen werden. — Im Vorort **Gablenberg** bei **Stuttgart erschoß** eine 45 jährige Privatiersfrau ihren 52 jährigen Mann, als er aus dem Wirtshaus heimkehrte. Sodann richtete die Frau, die anscheinend geistesgestört war, die Mordwaffe gegen sich und brachte sich eine tödliche Verletzung bei, der sie bald darauf erlag. — Aus dem Rhein gezogen wurde jetzt die **Leiche** der Gattin des Oberlandesgerichtsrats Weigel aus Frankenthal, die sich vor ungefähr **drei Wochen** heimlich entfernte. Die Dame litt schon seit längerer Zeit an Schwermut. — In die **Sandgrube** gefallen und **erstickt** ist in Zeitz der Gymnasiast Tille. — Im **Tauerntunnel** wurden durch einen **Sprengschuß vier Arbeiter schwer und sechs leicht** verletzt. — Aus **Eifersucht** hat eine 20 jährige Telephonistin am Sonntag in der Londoner Vorstadt Brixton ihren **Geliebten getötet**. — Auf dem Nachhausewege wurden in der vergangenen Nacht in **Trier** der Fuhrmann Licht und der Steinmetz Weber bei dem Eifeldorfe Sellendorf von zwei Wilderern **angeschossen**. Licht wurde **getötet**, Weber **tödlich verletzt**. Die Mörder wurden verhaftet. — Bei einem Eilgüterzuge Köln—Frankfurt **entgleiste** bei Neuwied ein Wagen, der die fünf Kilometer lange Strecke Neuwied—Engers **neben** dem Gleise lief und in Engers weitere drei Wagen aus dem Zuge **herausriß und zum Entgleisen** brachte. Verletzt wurde niemand. — Die **Brüsseler** Polizei verhaftete den Belgier Bertrand, der seinem Chef **150,000 Francs unterschlagen** hatte. — In **Elbing** hat sich der Hauptmann Korber des 75. Infanterie-Regiments **erschossen**. Als Motiv der Tat wurden drückende Schulden angegeben. — Während das in **Metz** garnisonierende Bataillon des Fußartillerie-Regiments Metz in der Nähe der Stadt Übungen abhielt, entfernte sich der Leutnant Hauck von seiner Kompagnie. Plötzlich krachte ein Schuß. Als die Soldaten herbeieilten, fanden sie den Offizier **sterbend**. Leutnant Hauck hatte sich mit seinem Dienstrevolver eine Kugel in die Brust gejagt. Das Motiv des Selbstmordes ist nicht bekannt.

wies dann nach, wie unzuverlässig die bürgerlichen Parteien auch in Breslau in Bezug auf die Erhaltung und den Ausbau des allgemeinen Wahlrechts und des Koalitionsrechts seien. Der Referent nahm sich dabei besonders die sogenannten Freisinnigen aufs Korn, auf die das Wort zuträfe:

Auf dem Dache sitzt ein Greis,
Der sich nicht zu helfen weiß.

Die Sozialdemokratie wolle nach ihrem Programm die Umformung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung in eine sozialistische anstreben, die allein dafür bürge, daß es keine Ausgebeuteten mehr gebe. Die Sozialdemokratie kämpfe für die Wiedervereinigung der gespaltenen Menschheit, wie es unsere größten Denker und Dichter seit jeher gefordert hätten. Die Entwickelung der wirtschaftlich-politischen Verhältnisse werde mit Notwendigkeit in diese neue Gesellschaftsordnung hinein führen. Männer und Frauen der arbeitenden Bevölkerung müßten mit aller Kraft und großem Ernst für dieses Ziel tätig sein, das man kurz dahin zusammenfassen könne: „Ein freies Volk auf freiem Grunde.“ (Stürmischer Beifall.)

Eine Diskussion fand nicht statt. Der Vorsitzende schloß dann die bis auf den letzten Platz besuchte Versammlung mit den Worten, bis zum und am Wahltage pflichtschuldigst im Dienste unserer Partei zu arbeiten.

In der „Scala“

sprach Genosse Mehrlein vor überfülltem Hause. Zahlreiche Genossen mußten stehen. Besonders ging der Referent scharf mit dem Freisinn ins Gericht, wobei er aus dem ABC-Buch Eugen Richters die damalige Stellung der Freisinnigen zu den Kolonien pp. mit der heutigen verglich. Auch der Kommunalliberalismus speziell der Breslauer, mit seinem „auf Befehl Sr. Majestät glücklichen“ Oberbürgermeister bekam seinen Teil. Wenn je, so passe gerade auf das gegenwärtige Bündnis der Liberalen mit den Schwarzblauen das Heinesche Wort zu, das Gothein vor zirka 8 Wochen in der Börse den Breslauer Konservativen an den Kopf warf. Nämlich das bekannte „Selten habt Ihr mich verstanden, selten auch verstand ich Euch, nur wenn wir im Schmutz uns fanden, da verstanden wir uns gleich.“ Redner [illegible] seinen 1¾ stündigen Vortrag mit einem kräftigen Appell an die Anwesenden am [illegible] ihre Schuldigkeit zu tun. Die Ausführungen Mehrleins wurden mit großem Beifall aufgenommen.

Nach etwa einer ¼ stündigen Pause und kurzer Diskussion erschien, von stürmischem Beifall begrüßt, unser Kandidat im Westen Genosse Bernstein, der obwohl er bereits im „Bergkeller“ referiert hatte, doch auch noch an seine Wähler der inneren Stadt einige Worte richten wollte. Genosse Bernstein sprach in kernigen zündenden Worten über die Reichspolitik und den gegenwärtigen Wahlkampf. Seine kurze, aber inhaltsreiche Ansprache löste unendlichen Jubel aus. Mit Hochrufen auf die Sozialdemokratie, den Kandidaten endete die Versammlung. Zahlreiche Abonnenten wurden der „Volkswacht“ und ebenso Mitglieder dem Sozialdemokratischen Verein gewonnen.

Vor dem Strehlener Tor,

auf der Hubenstraße, im Lokal bei Deutscher, hatten sich die Arbeiter nebst einer Anzahl Frauen und kleiner Landwirte zahlreich eingefunden, um den scharfen, aber zutreffenden Worten des Genossen Scholich zu lauschen. Die zustimmenden Beifallsbezeugungen bewiesen, daß auch hier die Arbeiter auf dem Posten sind und für einen glänzenden Sieg der Sozialdemokratie am 25. Januar sorgen werden. Mit der Aufforderung, sich recht zahlreich an der Wahlarbeit zu beteiligen, schloß der Vorsitzende, Genosse Malinka, die Versammlung.

Der „Schweitzer Hof“

war bereits wenige Minuten nach 8 Uhr polizeilich abgesperrt. Auf der Straße, in den Korridoren und auf den Treppen blitzten die Pickelhauben der Schutzmannschaft. Drinnen im Saale aber und auf den Galerien drängten sich in fürchterlicher Enge die Massen der Tschepiner. Durch immer wieder ausbrechenden Beifall gaben die Erschienenen kund, daß sie mit der scharfen Abrechnung, die Genosse Kaul vor allem den Breslauer Freisinnigen zu teil werden ließ, durchaus einverstanden waren. Nachdem noch in der Diskussion Genosse Grunow im Sinne des Referats gesprochen hatte, schloß der Vorsitzende Kehrwieder die imposante Versammlung mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf die Sozialdemokratie.

Bei Wollin in Pöpelwitz.

Um 8 Uhr war das prächtige Lokal bis auf den letzten Platz gefüllt. Das Referat hatte der Genosse Schütz übernommen. In 1½ stündiger, sehr oft vom Beifall unterbrochenen Rede schilderte Redner die Ursachen der Reichstags-Auflösung und gab ein Bild der vom Reiche getriebenen Kolonialpolitik und der dadurch dem Volke aufgebürdeten Lasten. Die Zollgesetzgebung, mit ihren volksfeindlichen Folgen wurde einer herben Kritik unterzogen. Redner schilderte an der Hand der Tatsachen die Finanzwirtschaft Deutschlands, und stellte dazu die Großmachtspläne unserer Regierung in Vergleich, die notwendigerweise den finanziellen Ruin unseres Reiches zur Folge haben müssen. Redner schilderte zum Schluß seiner Ausführungen die Stellungnahme der einzelnen Parteien zu einander.

Ein größeres Durcheinander hat bei noch keiner früheren Wahl bestanden. An Rückgrat- und Charakterlosigkeit wird das menschenmöglichste geleistet. Während Herr Kopsch im Kreise Löwenberg die Konservativen mit aller Schärfe bekämpft, gehen die Breslauer Liberalen mit Konservativen und Antisemiten brüderlich Hand in Hand. Nachdem Genosse Schütz einen energischen Appell an die Genossen gerichtet, bis zur Wahl recht fleißig zu arbeiten, schloß der Vorsitzende mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf die Sozialdemokratie die Versammlung.

Unsere Gegner.

Heute Abend halten die Konservativen und ebenso die Zentrümler Versammlungen ab, um ihren Anhängern die Breslauer Kompromißkandidaturen zu empfehlen. Für Donnerstag aber haben die vereinigten Reaktionsparteien, die Konservativen, Nationalliberalen und Freisinnigen, nach dem „Deutschen Kaiser“ eine „öffentliche“ Wählerversammlung einberufen, zu der aber ausdrücklich nur bürgerliche Wähler eingeladen sind. Die Herren sind eben zu feige, sich mit ihren Gegnern aus dem sozialdemokratischen Lager auseinanderzusetzen, denn daß sie befürchten müßten, ihre Versammlung von den Arbeitern gesprengt zu sehen, ist nichts wie eine faule Ausrede, die sich mit Vorkommnissen aus der Breslauer Wahlgeschichte durch nichts begründen läßt. Unsere Anhänger und Genossen werden der Versammlung selbstverständlich fernbleiben.

In der Versammlung wird der Kandidat für den Westen, Herr Pfundtner, sein Programm auseinandersetzen. Zeit war es wirklich. Herr Fürst Hatzfeld scheint aber auch das nicht einmal für nötig zu halten. Wie kann man von einer leibhaftige Durchlaucht auch verlangen, daß sie zum gemeinen Volke herabsteigt und sich in den Wahlkampf mischt! Nicht einmal schriftlich sein Programm darzulegen, hat es dieser famose Kandidat bisher für notwendig gehalten. Er und seine Getalgmannen dürfen sich nicht wundern, wenn ihn die Arbeiter mit seinen freikonservativen Fraktionsgenossen, also auch den Scharfmachern Stumm und Kardorff, auf eine Stufe stellt!

Die bürgerlichen Frauen und die Reichstagswahl.

Eine Reihe fortschrittlich gesinnter Frauen von Breslau und Schlesien haben sich zusammengetan, um den bürgerlichen Kandidaten am 25. Januar Wahlhilfe zu leisten. Sie machen diese aber von der Bejahung folgender Fragen abhängig:

1. Treten Sie für die obligatorische Fortbildungsschule für Mädchen ein? 2. Treten Sie für Erschließung der höheren Berufe für Frauen ein? 3. Treten Sie für gleichen Lohn bei gleicher Leistung der Frauen ein? 4. Treten Sie für Gleichstellung der Frauen im Familienrecht ein? 5. Treten Sie für das freie Vereins- und Versammlungsrecht der Frauen ein? 6. Treten Sie für das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht der Frauen ein?

Auf diese für die bürgerlichen Kandidaten peinlichen Fragen hatte bis Donnerstag, den 10. Januar nur der freisinnige Kandidat Loewenthal in Brieg uneingeschränkt bejahend geantwortet. Drei andere Freisinnige, die Herren Blell-Grünberg, Goldschmidt-Schweidnitz-Striegau und Hoffmeister-Glogau machten charakteristischer Weise Einschränkungen bezüglich des Wahlrechts, da diese Frage noch nicht genügend geklärt sei. Wir können es begreifen, daß die Frauen mit diesem Resultat nicht zufrieden sind. Sie wollen noch eine zweite Umfrage veranstalten, wir glauben aber nicht, daß sie günstiger ausfallen wird. Und wenn es wirklich über die Forderungen der Frauen im kommenden Reichstage zur Entscheidung oder auch nur zur Debatte kommen sollte, wir sind überzeugt, der weiße Rabe Loewenthal würde unter dem Joche des Fraktionszwanges ebenso versagen wie alle anderen bürgerlichen Kandidaten. Wirklich ernste Vertreter der oben erwähnten Forderungen finden auch die bürgerlichen Frauen eben allein in den Vertretern des Proletariats, den Kandidaten der Sozialdemokratie.

Bezirkskonferenz der schlesischen Hutarbeiter.

Im Gewerkschaftshause tagte am Sonntag eine Konferenz der organisierten schlesischen Hutarbeiter und Arbeiterinnen. Die Hutindustrie in Schlesien ist auf wenige Orte beschränkt und so waren nur die Städte, Breslau, Glogau und Liegnitz vertreten. Das Bureau bildeten die Kollegen Heppner-Breslau, Baumgardt-Glogau und Kirchner-Liegnitz. Vom Hauptvorstand war Kollege Metzschke-Altenburg anwesend. Der Obmann der Agitationskommission, Heppner, erstattete einen Situationsbericht, dem zu entnehmen war, daß die Hutindustrie in Breslau, soweit die Damenhutbranche in Betracht kommt, Fortschritte gemacht habe. Die Zahl der in dieser Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen hat sich um ungefähr 300 vermehrt. In der Damenhutbranche sind 319 männliche und 1050 weibliche Kräfte tätig, in der Seidenhutbranche 17 männliche und 8 weibliche, in Hutgeschäften 4 männliche und 8 weibliche. Im Verbande organisiert sind davon 201 männliche und 68 weibliche Arbeiter. Die Arbeitszeit in diesen Branchen beträgt pro Woche 54 bis 60 Stunden. Die Wochenlöhne für Arbeiter 21—30 Mark, für Arbeiterinnen 7—18 Mark. Heppner beklagt es, daß die Organisationsverhältnisse nicht besser sind, teils trägt daran die Interesselosigkeit der Kollegen die Schuld, teils aber müssen die Kollegen sich fürchten, sich in den Dienst des Verbandes zu stellen, weil sie dann durch verschiedene Manipulationen der Werkführer in ihrem Verdienst benachteiligt werden. Die Werkmeister haben es in der Strohhutbranche in der Hand, den einen gegen den anderen zu bevorzugen, die Arbeitsteilung schreite immer vorwärts. — Die Agitation habe sich meistens auf Fabrikbesprechungen und Hausagitation beschränkt, das wäre auch noch das beste Mittel, vorwärts zu kommen. In der Provinz liegen die Erwerbsverhältnisse der Hutarbeiter nicht gerade günstig und die Organisation sehr im argen; in Görlitz, Goldberg und Liegnitz beträgt die Arbeitszeit noch 66 Stunden pro Woche, nur die Akkordlöhne sind einigermaßen, während die Wochenlöhne schlecht zu nennen sind. In Görlitz sind nach angestellten Erhebungen in Haar- und Seidenhüte Löhne von 14—20 Mk. für männliche und für weibliche Arbeiter 7—10 Mk. zu verzeichnen, in Goldberg, für Wollstumpen (halbfertige Arbeit) gibt es 12 bezw. 7.50 Mk., in Grünberg (Filzwaren) 12—18 Mark für Arbeiter, 7.80—8.50 Mk. für Arbeiterinnen, in Liegnitz (Seiden-, Haar- und Wollhüte, für erstere 24—32, letztere 10—17, weiblich 7—10 Mk. Der Vertreter für Glogau führte an, daß die Gewinnung von Mitgliedern große Mühe erfordere, meistens wohnten die Kollegen auf dem Lande, auch die Heimarbeit mache sich dort geltend, und das erschwere die Agitation. In Glogau sei auch kein Lokal zu Versammlungen aufzutreiben. Im wesentlichen sangen die übrigen Vertreter in Bezug auf die Agitation dasselbe Lied. Metzschke führte aus, daß es in Schlesien doch möglich sein müsse, dem Verbande mehr Mitglieder zuzuführen, die Agitationskommission habe die Pflicht, die Kollegen zur Tätigkeit anzuregen, von nichts komme nichts, er gab auch an die Mittel und Wege, die dazu führen können. Heppner erblickte in dieser Vorhaltung einen Vorwurf der Agitationskommission, den er zwar an sich für gerechtfertigt hielt, den aber die Kommissionsmitglieder sich nicht zu sehr zu Herzen zu nehmen brauchten, weil sie mit Organisationsarbeiten am Platze wie auch mit anderen Arbeiten zu sehr überlastet seien, doch was irgend möglich, solle geschehen, um die Organisation zu stärken. Nach weiterer Beratung wurde in Bezug auf die Finanzierung der Agitationskommission folgender Antrag angenommen: Die Bezirkskonferenz beschließt: Zur Förderung der Agitation haben alle zum Agitationsbezirk Breslau gehörenden Filialen 5 Prozent der Vereinseinnahmen zurückzubehalten. Werden die 5 Prozent der Einnahmen für Agitation am Orte nicht verbraucht, so ist der überschüssige Teil an die Vorortskommission einzusenden. Diese Einnahmen hat die Kommission für eine rege Agitation zur Ausbreitung des Verbandes und zur Aufklärung und Erziehung der gewonnenen Mitglieder zu verwenden. Andererseits haben die Vertrauensleute der Bezirksorte im fortlaufenden Verkehr mit der Vorortskommission zu stehen und diese dadurch in die Lage zu setzen, ihre Aufgaben erfüllen zu können. Alsdann wurde zu den Anträgen des Verbandsvorstandes zur Generalversammlung des Verbandes Stellung genommen. Wie Heppner erwähnte, werde es sich auf dem Verbandstage um drei wichtige Punkte, um Anstellung von Lokalverwaltungsbeamten, Regelung des Verwaltungswesens und Erhöhung der Beiträge handeln. Diese drei Punkte erforderten eine Erläuterung. Metzschke bemerkte dazu, es sei nicht recht zu verstehen, daß einige Filialen einen ablehnenden Standpunkt einnehmen und der Meinung sind, es sollen die Beiträge erhöht werden, um Lokalbeamte anzustellen, dem sei keineswegs so, die Erhöhung der Beiträge sollen erfolgen, um den Verband leistungsfähiger dem Unternehmertum gegenüber zu machen, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Mitglieder besser zu stellen. Die Lohnkämpfe würden immer schwerer und kostspieliger, reichen die vorhandenen Fonds nicht aus, dann muß zu dem Mittel der Extrasteuer gegriffen werden. Ueber die Erhebung von Extrasteuern müßte aber erst eine Urabstimmung vorgenommen werden, zur Zeit des Kampfes ist aber schnelle Hilfe notwendig, da müssen die Fonds schon vorhanden sein. Der Antrag auf Beitragserhöhung ist auch aus der Erwägung erfolgt, die Arbeitslosenunterstützung in eine Erwerbslosenunterstützung bei Arbeitslosigkeit und Krankheit umzugestalten. Die Anstellung von Lokalbeamten sei gleichfalls notwendig, dieserhalb aber bedürfte es keiner Erhöhung. Die Beiträge sollen für männliche Mitglieder um 10 Pfg., für weibliche um 5 Pfg. gesteigert werden, sie würden demnach in der ersten Klasse 55, in der zweiten 40 und in der dritten (weibliche Mitglieder) 20 Pfg. betragen. Metzschke lebt der Hoffnung, daß durch die Annahme der Anträge der Verein erstarken werde. Die Kollegen Heppner, Kuntze u. a. sind derselben Ansicht, wenn sie sich auch nicht verhehlen, daß es Mühe kosten werde, die Mitglieder von der Notwendigkeit der Neueinrichtungen zu überzeugen. Die Konferenz erklärte sich schließlich mit den Anträgen betr. Beitragserhöhung einverstanden. Ueber die Leistungen des Zentralvereins wird folgendes angeführt. Unterstützt wurden im 4. Quartal 1906 522 männliche Mitglieder für 7931 Tage mit 12,560.90 Mark und 84 weibliche Mitglieder für 963 Tage mit 674 Mark. Im 4. Quartal wurden für 2394 Tage 5213.[illegible] Mark mehr ausgegeben als im 3. Quartal. Reiseunterstützung gelangte in 118 Fällen für 552 Tage mit 411.60 Mk. zur Auszahlung. Arbeitslos waren im 4. Quartal 629 männliche und 153 weibliche Mitglieder 11,3[illegible] Tage. Unterstützt wurden [illegible] männliche und 44 weibliche Mitglieder für 8900 Tage. Das sind gewiß schöne Leistungen. Der Zentralverein zählte am Schlusse 1906 4947 männliche und 1969 weibliche Mitglieder. Die Zunahme betrug pro 4. Quartal 687. Es wurden noch verschiedene geschäftliche Angelegenheiten erledigt und darauf die Konferenz mit einem dreifachen Hoch auf den Verein geschlossen. Im Saale vereinigten sich die Kollegen zum 35. Stiftungsfest, das einen überaus schönen und würdigen Verlauf nahm.

---

* **Straßenbenennungstafeln.** Damit die Straßenpassanten, wenn sie durch die Benennung von Straßen an bedeutende Männer der Vergangenheit erinnert werden, auch ein lebendiges Bild von deren Wirken bekommen, hatten die städtischen Körperschaften in den Haushaltsetat für 1905 unter anderem 1000 Mark ausgeworfen, um Straßentafeln zu schaffen, auf denen nähere Angaben über die betreffenden Persönlichkeiten gemacht werden sollen. Mit der Anbringung solcher Tafeln hat man jetzt bei der Bockstraße und der Arletiusstraße den Anfang gemacht. Die aus Bronze bestehenden Tafeln sind etwa einen halben Quadratmeter groß, einfach und gefällig ornamentiert und enthalten den Text in vergoldeter Reliefschrift auf schwarzem Grunde. Die für die Bockstraße (Verbindungsstraße zwischen Sternstraße und Lehmdamm im Zuge der Hirschstraße) bestimmte Tafel ist an der Westseite der Baugewerk- und Maschinenbauschule neben dem Westeingange angebracht und lautet: „Emanuel Bock, geb. 20. Juli 1811, gest. 5. April 1900. Stadtrat von Breslau seit 1888, Begründer einer namhaften Stiftung zur Erziehung armer und strebsamer Kinder.“ Die Tafel der Arletiusstraße (zwischen Huben- und Malteserstraße südlich des Hauptbahnhofes) befindet sich an der Nordseite des neuen Elisabeth-Gymnasiums und hat folgenden Wortlaut: „Johann Kaspar Arletius, 1701—1784, seit 1761 Rektor des Gymnasiums zu St. Elisabeth, Begründer bedeutender Stiftungen dieser Anstalt.“ In der allernächsten Zeit sollen auch die Tichuth-, Fiedler-, Rhediger-, Carmer- und Kantstraße mit solchen Bronzetafeln ausgerüstet werden. Weitere Tafeln für die übrigen Straßen werden in den nächsten Jahren nach Maßgabe der vorhandenen Mittel geschaffen werden.

* **Das Möbel- und Waren-Kredithaus von S. Oßwald** verlegt mit dem heutigen Tage seine Geschäftsräume von Schuhbrücke 74 nach Albrechtsstraße 6, Ecke Schuhbrücke, wo es zunächst die ganze erste und zweite Etage und vom 1. April ab auch die dritte Etage einnimmt. Die Eröffnung des neuen Heims erfolgt Nachmittags 4 Uhr und gelangen an die ersten Kunden wertvolle Prämien gratis zur Verteilung. Der erste Kunde erhält eine silberne Remontoiruhr, der zweite zwei Bilder, der dritte einen Regulator usw. Insgesamt kommen zwölf Prämien zur Verteilung, von denen die letzte, eine Wohnzimmereinrichtung, der hundertste Kunde erhält. Die Besichtigung des erstaunlich großen Lagers an Möbeln, Polsterwaren, Kleidern, Uhren 2c. wird ohne Kaufzwang gern gestattet und ist insbesondere denen zu empfehlen, die im Begriff stehen, einen eigenen Hausstand zu gründen. Der gute Ruf, den sich die Firma bisher bei ihren Kunden errungen hat, dürfte ihr zweifellos auch in das neue Heim folgen.

* **Rohe Gesellen.** Ein Handelsmann wurde in der Nacht zum 13. d. M. auf der Stockgasse durch junge Burschen angefallen und gemißhandelt. Ein Kasten mit Posamentierwaren wurde auf die Straße geschleudert und beschädigt.

* **Einbruch in eine Kirche.** In der Nacht zum 12. d. M. wurde in einen Nebenraum der Dorotheenkirche ein Einbruch verübt. Der mit den Oertlichkeiten anscheinend vertraute Einbrecher nahm seinen Weg durch ein Fenster, dessen Scheibe er unter Zuhilfenahme eines mit einem Klebstoff versehenen Lappens herausgedrückt hatte. Ein Wandschrank und ein Schreibtisch wurden gewaltsam geöffnet. Eine hier verwahrte Sammelbüchse wurde aufgesprengt und ihres nur wenige Mark betragenden Inhalts beraubt. Ein Schrank, der nur Bücher enthielt, blieb unberührt.

* **Festgenommen** wurde ein Kontorist wegen eines Fahrraddiebstahls.

* **Feuer.** Am Sonntag Abend gegen 10¼ Uhr wurde die Feuerwehr nach Trinitasstraße 12 gerufen, wo im dritten Stock in einem Badekabinett ein Teil des Fußbodens in Brand geraten war. — Am 12. d. M., Nachmittags, wurde die Feuerwehr nach Tschepinerstraße 12 gerufen, wo sich in einem Keller Rauch entwickelt hatte. — In einer Zichorienfabrik an der Strehlener Chaussee gerieten am 13. d. M., Abends, ein Sack Malz und mehrere Dielen in einem Speicherraum in Brand. Das Feuer wurde noch vor Ankunft der Feuerwehr im Keime erstickt.

* **Gestohlen** wurde einer Schneiderin in einem Warenhause ein Portemonnaie mit 5.55 Mk.

* **Unglücksfall.** Eine 73 Jahre alte Witwe wurde am 12. d. Mts. auf der Taschenstraße durch einen Radfahrer umgefahren, wodurch sie schwere Wunden im Gesicht erlitt. Feuerwehrmannschaften leisteten ihr die erste Hilfe.

* **Tot aufgefunden.** Ein 50 Jahre alter Arbeiter von der Kleinen Scheitnigerstraße 24 war seit dem 9. d. Mts. von den Hausbewohnern nicht mehr gesehen worden, weshalb am 13. dieses Monats die Wohnung in Gegenwart eines Polizeibeamten geöffnet wurde. Der Mann, welcher an Krämpfen litt, lag tot neben seinem Bett.

* **In das Polizeigefängnis** wurden am 12. und 13. d. Mts. 44 Personen eingeliefert.

* **Gefunden** wurden: ein katholisches Gebetbuch, eine Kiste mit Käse, eine Pelzboa, eine goldene Damenuhr, zwei Hundertmarkscheine, ein Füllfederhalter und ein Portemonnaie mit Inhalt.

* **Abhanden** kamen: eine Handtasche, eine schwarze Pelzboa und eine goldene Brosche mit zwei Opalen und einem Bildnis.

Aus Schlesien und Posen.

Ermert und Kirchberg unter sozialdemokratischer Kritik.

In Charlottenbrunn tagte am Sonntag Vormittag eine Wähler-Versammlung, in welcher Genosse Sachse die Gegner einer sehr eingehenden Kritik unterzog, und namentlich den Schmierfinken des „Feierabend“ richtig charakterisierte. Und was Sachse gehofft hatte, das trat ein, aus dem Haufen der anwesenden Gruben- und Fabrikbeamten meldete sich zur Diskussion der Reichsverbändler Ermert und bekannte sich als derjenige, der in so hinterlistiger Weise dem politischen Gegner Sachse mit Druckerschwärze den Namen besudeln wollte. Zeugen zu nennen, weigerte er sich jedoch entschieden, prahlte aber trotzdem, daß er deren sechs aufweisen könne. Die Schmeichelnamen, die Sachse dem Helden zurief, müssen diesen doch zur Klage veranlassen, sodaß die gerichtliche Entlarvung als Verleumder zu erwarten ist. — Die weiteren Ausführungen Ermerts, dem wegen Zeitmangel eine halbe Stunde zugemessen wurde, brachte noch das Eingeständnis, daß er mit der Kandidatur Kirchberg nicht einverstanden sei, jetzt sei es aber nicht mehr an der Zeit, den Fehler wieder gut zu machen.

Die Versammlung in Bärengrund, die um 3½ Uhr angesetzt war, wies einen solchen Andrang auf, daß schon zwei Stunden vorher der Saal überfüllt war. Die Grubenbeamten hatten fleißig agitiert, in der Hoffnung, der Versammlung dadurch ein reichstreues Gesicht geben zu können. Aber, o weh! Sachse riß die ganze Masse der Versammelten mit sich fort und als Ermert auch hier das Wort ergriff, um den in Charlottenbrunn verfahrenen [illegible] aufs Gleis zu bringen, fand er nur noch bei den [illegible] Steiger und Sprecher [illegible], die seine Suite bildeten. Uebereifrig, wie Ermert immer ist, wenn es gilt, sich zu blamieren, forderte er auch hier das Ge-

[illegible] des grünen Versammlung heraus. Er wollte nämlich die neue Weisheit verkünden, daß der Hafer Hand nicht 10,000 Quadratmeter habe, wie Sachse ausführte, sondern 10001 Nicht übel machte sich das lange Gesicht der Grubenbeamten, die sich schon gefreut hatten, auf einen Reinfall Sachses, und nun merken mußten, daß Ermert trotz seiner 1½stündigen Ausführungen sich in der Versammlung keine Freunde, wohl aber viele Gegner geschaffen hatte. So ungebildet und leichtgläubig ist heute kein Arbeiter mehr, daß er alles glaubt, was der „Feierabend" an Ermert'schen Behauptungen in die Welt trompetet. Die Behauptung, Sachse wäre kein Bergmann, suchte Ermert mit der Ausrede zu rechtfertigen, nur Hauer wären wirkliche Bergleute. Der Aufforderung, einen Bergarbeiter-Führer mit Namen zu nennen, der 7000 Mark Einkommen habe, konnte er auch nicht nachkommen, weil es keine solche gibt. Alles in allem erlebte die Zechenpartei, deren augenblickliche Wortführer Kirchberg und Ermert sind, eine große Schlappe, und begeistert stimmte die Versammlung in das dreifache Hoch ein, welches zum Schluß auf die Sozialdemokratie ausgebracht wurde.

Ein russischer Polizeispitzel

treibt in Kattowitz, wie uns von zuverlässiger Seite mitgeteilt wird, sein Unwesen. Namentlich soll sich dieser unsaubere Patron im Cafe „Monopol" aufhalten, um seine schurkischen Pläne auszuführen. Um unsere russischen Brüder ins Garn zu locken, bedient er sich eines Empfehlungsschreibens des österreichischen Genossen Viktor Adler, das ihm entweder auf noch nicht aufgeklärte Weise in die Hände gespielt oder aber — und das kann vielleicht noch eher möglich sein — auf infamer Fälschung beruht. Der Polizeispitzel will natürlich nicht nur unsere Genossen aushorchen, sondern er versucht die Angelockten und ihm vertrauenden Personen, die in ihm einen Gleichgesinnten vermuten, nach Rußland zurückzuschwatzen, um sie dann den Henkersknechten auszuliefern, die wahrscheinlich an den verschiedensten Stellen schon auf die Beute lauern.

Genossen und Mitkämpfer! Seid gewarnt! Wo Ihr auch sein mögt und wohin Ihr geht, seid vorsichtig! Ihr könntet sonst in den russischen Kerkern, im öden Sibirien und unter des Henkers rohen Fäusten Euer Leben beschließen. Versucht diese russischen Halunken zu entlarven und weist ihnen in einer Weise die Tür, daß ihnen ein für allemal die Lust vergeht, mit Euch anzubändeln!

Militsch, 11. Januar. In einer konservativen Wähler-Versammlung, an der sich auch der Landrat, Graf von Stosch, als Redner beteiligte, sprach der Gutsbesitzer von Salisch über die Reichstagsauflösung und die Tätigkeit der Konservativen im Reichstage. In der Art und Weise ihrer Ausführungen zeigten die Redner so recht, wie geistig tiefstehend sie ihre Zuhörer einschätzten. Die bestehende Fleischteuerung, die Schäden des neuen Zolltarifes und die Kolonial-Mißwirtschaft mit ihren Greueln wurden bestritten oder beschönigt. Zuletzt wurde der frühere Landrat von Heydebrand, ein Junker reinsten Wassers, als Kandidat empfohlen. Dem anwesenden Kandidaten der Sozialdemokratie, Verbandsbeamten Rösler-Breslau, war es ein Leichtes, den Herren entgegenzutreten und den anwesenden Kleinbauern vor Augen zu führen, daß ihre Interessen durch die Junkerpartei nicht gefördert, sondern ungemein geschädigt werden. Der Beifall, der unserem Genossen gespendet wurde, machte die Herren nicht wenig stutzig. Schnell bemühten sie sich, durch einige an den Haaren herbeigezogene Hochs wieder die nötige Hurrastimmung herzustellen, was indessen nicht gelang, und so wurde die Versammlung unnatürlich schnell geschlossen.

Interessant ist noch eine Aeußerung des Herrn Landrats, wir sollten nur den Terrorismus unterlassen. Ob dem Herrn Landrat wirklich nicht bekannt ist, in welcher Weise, und mit welchen Mitteln von seiten seiner Klassengenossen und untergebenen Organen gearbeitet wird, eine bis jetzt noch immer gesetzliche Bewegung zu unterdrücken und nicht aufkommen zu lassen? Wird nicht im ganzen Kreise Militsch fortgesetzt und bis jetzt leider noch mit Erfolg daran gearbeitet, daß wir kein einziges Versammlungslokal bekommen, um den Wählern Gelegenheit zu geben, unsere Ansichten kennen zu lernen. Sogar die unpolitischen Gewerkschaften bekommen keine Lokale. Aber wie lange noch? Wir können mit dieser Versammlung und den Resultaten unserer Bestimmung zufrieden sein. Wenn wir weiter so machen und arbeiten wie bisher, werden bald alle Schranken, die man in diesem Wahlkreis dem freien Worte zu ziehen sucht, gefallen sein. Hoffentlich gibt das arbeitende Volk des Kreises Militsch-Trebnitz am 25. Januar den beiden Herren die richtige Antwort auf das Gerede vom Terrorismus.

—r **Altwasser**, 12. Januar. Das Interesse der Frauen an der Reichstagswahl wurde recht anschaulich durch den lebhaften Besuch der Frauenversammlung [illegible] am Freitag Abend im „Deutschen Kaiser" [illegible] Saal [illegible] Frau Lungwitz [illegible] Bühne [illegible]

—s. **Schweidnitz**, 14. Januar. Unsere mondsüchtigen Mittelständler entfalten im hiesigen Bezirk eine lebhafte Agitation, um ihren Kandidaten, den Obermüllermeister Richter, wenn irgend möglich in die engere Wahl zu bringen. Wie ein Opferlamm schleppt man diesen „schlichten Handwerker" von Ort zu Ort, von Versammlung zu Versammlung, und im Schweiße seines Angesichts versucht dann dieser Mandatsjäger, seine Kandidatenrede herunterzuleiern. So waren Ende voriger Woche in Zobten, Stephanshain und Gräditz Wähler-Versammlungen arrangiert, um namentlich unter der Landbevölkerung Stimmung zu machen. Recht lebhaft ging es in Zobten her. Nachdem Herr Richter die Versammlung zirka eine Stunde gelangweilt, ergreift Herr Zimmermann das Wort, um mit theatralischer Pose seinen bekannten mit „patriotischen" Phrasen geschwängerten Prolog vorzutragen. Nach Herrn Zimmermann Richter trat man in die Diskussion ein, die von unserer Seite eröffnet wurde. Im Vordergrunde derselben stand die koloniale Mißwirtschaft, die von unseren Rednern scharf und treffend gekennzeichnet wurde, ein Beginnen, das die anwesenden Gegner und Kolonialfexe arg aus dem Häuschen brachte. Lärmende Zwischenrufe übertönten mitunter die Stimme des Redners, sodaß wiederholt Ruhe geschafft werden mußte. An der Diskussion beteiligten sich noch Konservative, Zentrumler und Bündler. Mitternacht war herangekommen, als Herr Zimmermann die Versammlung mit einem Hoch auf den Mittelstand schloß, das von unserer Seite mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie prompt erwidert wurde. — Die hiesigen Mittelstandspolitiker dürften durch diese Versammlung kaum auf ihre Rechnung gekommen sein.

—n. **Freiburg**, 14. Januar. Wählerversammlung. Im Gewerkschaftshause in Polsnitz fand am Donnerstag eine äußerst stark besuchte Wählerversammlung statt, in welcher der Kandidat des Waldenburger Wahlkreises, Genosse Sachse, referierte. Seine trefflichen Ausführungen wurden von der Versammlung mit spannendster Aufmerksamkeit angehört. Die wuchtige Kritik an den Kolonialskandalen löste wiederholt Beifallskundgebungen aus. Danach betrat der Kandidat des Wahlkreises Schweidnitz-Striegau die Rednertribüne, um mit begeisterten Worten die Versammlung aufzufordern, am 25. Januar der Sozialdemokratie Ehre zu machen. Nur wenn jeder voll und ganz seine Pflicht tut, könne es uns gelingen, den erzreaktionären Freiherrn von Richthofen aus dem Wahlkreise zu vertreiben. Der vom Genossen Sachse in seinem Schlußwort an die Versammelten gerichtete Appell, am Tage der Wahl die volle Pflicht und Schuldigkeit zu tun, und auch den letzten Mann an die Wahlurne zu bringen, fand stürmischen Beifall.

Hirschberg, 14. Januar. Spotten ihrer selbst und wissen nicht wie! In der Sonntag-Nummer des „Boten" jammern die Freisinnigen herzbrechend über das Verhalten jener Wirte, die sich weigern, den — Sozialdemokraten? ach nein: den Freisinnigen ihre Säle zu Versammlungen zu überlassen.

Wer aber waren und sind die, die sich weigern, uns Sozialdemokraten ihre Säle zu überlassen? Nach dem Ausweis der uns vorliegenden, als „Vertraulich" bezeichneten Uebersicht der freisinnigen Vertrauensmänner waren es fast sämtlich — eben diese selben freisinnigen Vertrauensmänner, die uns auf Anfrage stets erklärten: „Sozialdemokraten dürfen wir den Saal nicht geben, da sonst unsere (also freisinnige!) Kundschaft droht, uns zu boykottieren und weil wir durch unsere (freisinnigen!) Geldgeber und Gläubiger Unannehmlichkeiten und Verluste haben." (!)

Und diese selben freisinnigen Vertrauensleute waren es, die unsere Genossen (wie in Lomnitz!) „Lumpengesindel" schimpften und (wie in Verbisdorf, Voigtsdorf und Herischdorf) mit Gewalt an die Luft setzten! Wenn aber andersgefärbte Reaktionäre sie ebenso behandeln wie uns — dann [illegible] diese Freisinnigen über „bezeichnende gegnerische Wahltaktik" [illegible]. Das Sprichwort: „Was du nicht willst, daß man dir tu, das füg auch keinem andern zu" gilt bei den Freisinnigen nur für die — andern.

H. **Cunnersdorf**, 15. Januar. Eine öffentliche Wähler-Versammlung fand am Sonntag Abend in der „Andreasschänke" statt. In derselben referierte Genosse James Brod-Berlin über das Thema: „Die Waschlappigkeit des Freisinns und die Auflösung des Reichstages." Mit trefflichen Worten kennzeichnete er die Haltung der Freisinnigen bei der Auflösung des Reichstages und ihre Taktik bei der Reichstagswahl. Mit Leichtigkeit und unter dem [illegible] Beifall der Anwesenden widerlegte er die Verleumdungen der Freisinnigen in ihrem letzten Flugblatte. Des weiteren beleuchtete er die krassen Widersprüche und die faustdicken Lügen, mit denen die Abzügler unter der Landbevölkerung agitieren.

In der Diskussion [illegible] Genosse [illegible] Sozialdemokraten [illegible] Kassel [illegible]

[illegible]

—r **Striegau**, 15. Januar. Zur Wahlbewegung [illegible]

— Der Wahlverein [illegible]

[illegible] nicht hinzugehen. Von allen Wahlgenossen und Gewerkschaftsmitgliedern wird erwartet, daß sie Herrn Sauer nicht mehr besuchen.

In die Lokalkommission wurden von seiten des Wahlvereins die Genossen W. Baubach und A. Hoppe gewählt. Die nächste Wähler-Versammlung findet am 20. Januar, Vormittags 11 Uhr, in der „Bierquelle" statt. Referent ist Genosse Feldmann. Den Genossen wurde empfohlen, gegnerischen Versammlungen fernzubleiben, da auch die tapferen Freisinnigen eine Diskussion nicht vertragen können. Der „Striegauer Anzeiger" prahlt dann mit einer gut besuchten Versammlung, dabei waren mehr wie die Hälfte Sozialdemokraten. Auf das Verhalten des freisinnigen „Striegauer Anzeiger", der noch von so vielen Parteigenossen gelesen wird, kam Genosse Bärsch zu sprechen und betonte, daß derselbe förmlich mit der „Täglichen Rundschau" wetteifert, in der Beschimpfung der Sozialdemokratie.

Genossen, weist diesem Blatte, das von dem bekannten Breslauer „Lumpen"-Oehlke auch nicht anders redigiert werden könnte, die Tür, und agitiert für die Arbeiterpresse. Diejenigen Genossen, die an der nächsten Landagitation teilnehmen wollen, melden sich Sonnabend, Abends 8 Uhr, in der „Bierquelle".

Jauer, 12. Januar. Eine freisinnige Wählerversammlung, die von 800 bis 900 Personen, zumeist Sozialdemokraten, besucht war, fand hier statt. Reichstags-Kandidat Dr. Hermes hatte das Referat. Er stellte sich zunächst seinen Wählern als Regierungskandidat vor, und schilderte dann, wie er dazu gekommen sei. In seinen weiteren Ausführungen kanzelte er die Konservativen gehörig ab. Er hatte ja persönlich allen Grund dazu, und so nahm er gehörig Rache. Dann kam er auf die Sozialdemokratie zu sprechen, und schimpfte dabei ebenfalls auf die Konservativen. Diese seien schuld, daß die Sozialdemokratie bei der vorigen Wahl schon drei Millionen Stimmen erhalten hätte. Sehr erwärmend war seine ganze Rede nicht, und so blieb der erwünschte Beifall fast ganz aus. Nun fing der Sozialistenfresser, Rentier Krause, an zu zetern. Zunächst schickte er die Konservativen gehörig zu Hause, dann liebäugelte er mit dem Zentrum und nun gings über die Sozialdemokratie her, über den „Zukunftsstaat" erzählte er haarsträubende Sachen, ebenso über das Buch „Bebels Frau". Um seine Ausführungen zu Papier zu bringen, wäre es um dieses viel zu schade. Wünschenswert ist aber, daß Herr Krause am Montag, den 14. Januar, in unserer Volksversammlung erscheint, dort wird er ja die Sozis am dichtesten bei einander finden, so daß er seine Töterei recht rationell betreiben kann.

Landeshut, 12. Januar. Stark besuchte Wähler-Versammlungen fanden am Mittwoch im Gasthof „zur Sonne" und am Donnerstag in Liebau im Gasthof „zur Stadt Berlin" statt. In beiden Versammlungen sprach der Kandidat der sozialdemokratischen Partei, Genosse Hermann Krätzig-Berlin in längeren Ausführungen über das Programm der Sozialdemokratie. Trotzdem bekannt gegeben, daß unseren Gegnern in der Diskussion unbeschränkte Redefreiheit gewährt würde, fanden sie, obwohl sie anwesend waren, nicht den Mut, sich zum Wort zu melden.

Im allgemeinen herrscht im hiesigen Kreise eine zuversichtliche Stimmung für uns. Die Herren Amtsvorsteher fühlen sich allerdings dazu berufen, ihren Einfluß bei den Wirten aufzubieten, damit wir wenig Gelegenheit haben, in Versammlungen zur Masse zu sprechen. Dafür sollen und müssen sich die Parteigenossen in eifriger Weise an der Flugblattverbreitung beteiligen. In die entlegensten Winkel des Kreises einzudringen, kein Haus, keine Hütte unbeachtet zu lassen, das ist die Hauptaufgabe der Sendboten des Sozialismus im gegenwärtigen Wahlkampfe.

Liegnitz, 11. Januar. Eine gutbesuchte Mitgliederversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes beschäftigte sich am Sonnabend mit dem Thema „Reichstagswahlen und Gewerkschaften". Unser Reichstags-Kandidat, Kollege Dietrich-Breslau, hatte hierzu das Referat übernommen. In einem längeren Vortrage führte er den Anwesenden vor Augen, welche Bedeutung der kommende Reichstag für die freien Gewerkschaften, überhaupt für das ganze Wirtschaftsleben des deutschen Arbeiters habe. Mit dem Wunsche, daß auch die hiesigen Metallarbeiter Mann für Mann sich bei allen Aktionen zur Wahl beteiligen sollten, schloß Kollege Dietrich seine trefflichen Ausführungen.

Daß die Worte des Vortragenden ihre Wirkung getan, zeigte die lebhafte und begeisterte Diskussion. Ein Antrag, 200 Mark dem Wahlfonds zu überweisen, wurde nach kurzer Aussprache mit 130 gegen etwa 10 Stimmen angenommen.

Neustadt OS., 11. Januar. Das Zentrum in tausend Aengsten kann man sehen, wenn man täglich einen Blick in die „Neustädter Zeitung" wirft. So wurde dieser Tage in dem Blatte ein Aufruf an die Lehrer veröffentlicht, in dem diesen als der „geeignetste deutsche Mann" nicht der bisherige Abgeordnete, der Zentrumsbauer Strzoda, sondern ein Pfarrer Kassel zur Wahl empfohlen wurde. Das Blatt begleitet diese konservative Kandidatur mit folgendem Wehgestammel:

„Wenn man an Herrn Kassel als hervorstechendes Merkmal seine Liebe „zu Kaiser und Reich" glaubt rühmen zu sollen, so meinen wir, daß er damit vor keinem anderen braven Staatsbürger etwas voraus hat. Die Behauptung aber, daß „sein Stand" dafür bürge, „daß er stets eintreten wird für die Freiheit und Rechte der Kirche", ließ sich grade in diesem Falle recht eigenartig! Herr Pfarrer Kassel hat nicht zum wenigsten dadurch von sich reden gemacht, daß er Artikel für die kulturkämpferische „Schlesische Zeitung" schreibt und selbst dann geschrieben hat, als dieses Blatt die gehässigsten Angriffe gegen die Konfratres und sogar gegen den Oberhirten des Herrn Kassel gerichtet hat. Pfarrer Kassel scheute sich sogar nicht, diese „Schlesische Zeitung" den katholischen Familien als Lektüre zu empfehlen! Wer eine derartige Auffassung vom Eintreten „für die Freiheit und Rechte der Kirche" hat, der ist genau von demselben Schlage wie die Herren [illegible] und Kopitza, die auch ihr geistlicher Stand nicht abhält, für kirchenfeindliche Blätter, das sind die [illegible], zu schreiben."

Für uns ist es ein erbauliches Schauspiel, zu sehen, wie die [illegible] sich gegenseitig herunterreißen. Dabei sollen [illegible], daß beide Teile als „Volksvertreter" nichts taugen. Die Arbeiter werden wissen, daß ihre Stimmen am 25. Januar unserem Genossen Schütz gehören. Vor diesem hat man aber auch mehr Angst. Das offenbart sich darin, daß die [illegible] stets schleunigst Versammlungen für den gleichen Tag einberufen, an dem sie eine sozialdemokratische Versammlung wittern. Das alles nur, damit sich nicht etwa eines ihrer Schäflein einmal nach dem Arbeiterlager verirre. In solchen Tagen sind sie sogar mutig genug, „freie Diskussion" zu gewähren, die Gegner sind ja nicht da, sie haben ihre eigene Versammlung. Aber auch die christlichen Arbeiter erkennen ihre [illegible] immer mehr und verzichten auf die fromme Bevormundung.

Kleine provinzielle Nachrichten.

[illegible] des Güterzuges von der Glogauer nach der [illegible] Strecke fiel der Hilfsbremser Pirawski von seinem Sitz. Dem Armen, der in [illegible] stationiert ist, wurde das rechte Bein oberhalb des Knöchels abgefahren. — Sonntag Abend zwischen 6 und 7 Uhr wurde die Arbeiterfrau Kleffe aus [illegible] bei [illegible], als sie von einem Besuche ihrer Mutter zurückkehrte, auf der Chaussee von einem Manne angefallen und ohne [illegible] Veranlassung mit einer [illegible] durch beide Wangen geschossen. [illegible] ihrer Wohnung, wohin sie noch [illegible]. Von dem Täter fehlt bis jetzt jede Spur.